



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

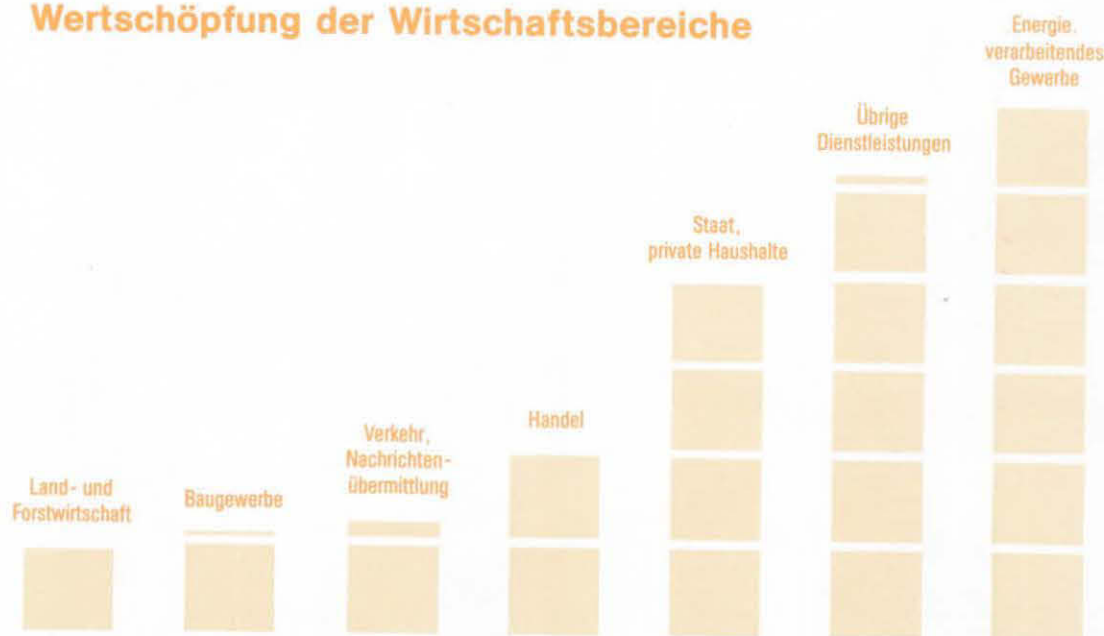
Heft 2

Februar 1987

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1987
Aufsätze: Sozialhilfeempfänger
Kurzberichte: Schulstatistik 1986/87
Bildungswanderungen
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		November 1986		Januar bis November 1986	
Beschäftigte	1 000	167	+ 0,2	167	+ 0,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 4,5	16	- 1,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	702	+ 2,2	556	+ 4,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 177	+ 2,5	3 042	+ 0,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 409	- 1,4	2 381	- 0,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	+ 17,2	662	+ 1,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 077	+ 19,9	1 701	- 1,6
aus dem Inland	Mill. DM	1 240	+ 3,5	1 130	- 2,1
aus dem Ausland	Mill. DM	837	+ 56,5	571	- 0,6
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²		November 1986		Januar bis November 1986	
Beschäftigte	1 000	40	- 2,7	40	- 3,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	+ 3,1	4	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	142	- 4,3	105	- 1,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	423	+ 5,2	359 ^a	+ 15,4
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	157	- 14,1	215	+ 8,2
Baugenehmigungen ⁵		November 1986		Januar bis November 1986	
Wohnbau	Wohnungen	486	- 17,8	679	- 4,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	404	+ 7,7	395	- 4,1
Einzelhandel		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	115,8	+ 2,8	110,6	+ 2,1
Gastgewerbe		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	105,4	+ 4,3	114,3	+ 2,6
Fremdenverkehr ⁶		November 1986		Januar bis November 1986	
Ankünfte	1 000	259	+ 4,6	285	+ 5,7
Übernachtungen	1 000	1 150	+ 9,1	1 618	+ 4,8
Arbeitsmarkt		November 1986		Januar bis November 1986	
Arbeitslose	Anzahl	108 161	- 8,6	114 250	- 2,4
Außenhandel		Oktober 1986		Januar bis Oktober 1986	
Ausfuhr	Mill. DM	895,6	+ 8,0	790,5	- 5,3
Kredite ⁷		November 1986		Januar bis November 1986	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 611	- 1,1	9 900	+ 2,8
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	46 868	+ 6,4	46 061	+ 6,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsdaten mit eingeschränktem Aussagewert

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

a) durch Großauftrag beeinflusst

INHALT 2/87

	Seite
Aktuelle Auslese	27
Aufsätze	
Sozialhilfeempfänger 1985	28
Kurzberichte	
Schulstatistik 1986/1987	38
Bildungswanderung der Studenten	40
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985	42
Grafik des Monats	34
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 8/1986**
 Kommunalwahl 1986 (Teil 2 und 3)
 Außenhandel 1985
 Bevölkerungsentwicklung 1985
 Studenten im SS 1986
- Heft 9/1986**
 Kommunalwahl 1986 (Teil 4)
 Realsteuervergleich 1985
- Heft 10/11-1986**
 Hochschulstatistiken
 Bauwirtschaft
 Fremdenverkehr
- Heft 12/1986**
 Der Bundespräsident zur amtlichen Statistik
 Einzelhandel
 Wohngeld
- Heft 1/1987**
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 Arbeitskosten

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

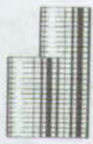
39. Jahrgang

Heft 2

Februar 1987

Aktuelle Auslese

Weniger Konkurse



Die Zahl der Konkurse hatte sich seit 1980 von Jahr zu Jahr kräftig erhöht. Nur 1983 hatte es einen leichten Rückgang gegeben. 1986 sind erstmals wieder weniger Konkurse zu registrieren als im Vorjahr. Von der Zahl her waren es zwar nur vier weniger, nämlich 870. Die Gläubiger meldeten aber 1986 „nur“ 388 Mill. DM Forderungen an, weniger als halb soviel wie 1985. Bei nur noch 64 Konkursen lagen die Gläubigerforderungen über einer Million DM, 1985 waren es noch 87 gewesen. Vergleichsverfahren gab es 1986 keine, 1985 waren drei beantragt worden.

Die 870 Konkurse 1986 betrafen 663 Unternehmen und 207 Nachlässe und natürliche Personen. Die Unternehmenskonkurse gingen gegenüber 1985 um 45 zurück, bei den totalen Zusammenbrüchen, also den mangels Masse abgelehnten Unternehmenskonkursen, waren es mit 496 nur acht weniger als 1985. Ein Rückgang der Unternehmenskonkurse ist in allen Rechtsformen festzustellen. Nach wie vor handelt es sich bei den weitaus meisten Zusammenbrüchen um Gesellschaften mit beschränkter Haftung und um nicht in das Handelsregister eingetragene Unternehmen.

Studentenzahl steigt noch



Im Wintersemester 1986/87 sind an den Hochschulen des Landes insgesamt 31 684 Studierende eingeschrieben. Das sind 325 oder 1 % mehr als im Wintersemester 1985/86. Die Zahl der weiblichen Studenten ist um 3 auf 11 990 zurückgegangen, ihr Anteil an den Studierenden beträgt 38 %.

Die Zahl der Studienanfänger ist um 91 oder 2 % auf 3 898 gestiegen, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Wintersemestern rückläufig war.

Das Studium an pädagogischen Hochschulen hat weiterhin an Attraktivität eingebüßt. Dort sind noch 2 017 Studierende eingeschrieben, davon 1 401 (- 15 %) in Kiel und

616 (- 14 %) in Flensburg. Ebenfalls rückläufig ist die Entwicklung der Studentenzahl an der Musikhochschule Lübeck. Sie beträgt jetzt 353 (- 3 %).

An den Universitäten sind 18 442 Studierende immatrikuliert, und zwar 17 271 in Kiel (+ 0,3 %), 1 140 an der Medizinischen Universität zu Lübeck (+ 4 %) und — erstmals im Wintersemester — 31 Studierende an der neugegründeten Nordischen Universität Flensburg.

An den Fachhochschulen erhöhte sich die Gesamtzahl der Studierenden um 5 % auf 10 872. An der Kieler Fachhochschule sind es 4 543 (+ 1 %), in Lübeck 2 103 (+ 8 %), in Flensburg 1 036 (+ 13 %), in Wedel 1 012 (+ 2 %) und an der Fernfachhochschule Rendsburg 1 339 (+ 22 %). An der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz ist ein Rückgang der Studentenzahl auf 839 (- 3 %) zu verzeichnen.

Beschäftigung stieg an



Am 31. März 1986 waren in Schleswig-Holstein 698 300 Arbeitnehmer versicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme von 7 400 oder 1,1 %. Seit Mitte 1984 sind nunmehr von Quartal zu Quartal stetige Zuwächse gegenüber dem jeweiligen Vorjahresstichtag zu beobachten, die mit dem März-Ergebnis 1986 erstmals die 1 %-Marke überschritten. Auch in diesem Jahr ist die Zunahme überwiegend auf die Frauenbeschäftigung (+ 1,8 %) zurückzuführen. Das liegt vor allem daran, daß die Zuwächse bei den Teilzeitbeschäftigten, die zum weitaus überwiegenden Teil Frauen sind, seit Mitte 1984 mit etwa 3 - 4 % pro Quartal weit über denen der Gesamtbeschäftigung lagen. Allerdings hat auch die Männerbeschäftigung erstmals seit 2 Jahren leicht zugenommen (+ 0,5 %).

Der Rückgang der Ausländerbeschäftigung hat sich seit Mitte 1984 ständig verringert, und zwar von - 8,6 % im September 1984 auf - 2,6 % im März 1986. Unter den Ausländern sind die Türken mit 44,4 % am stärksten vertreten, gefolgt von den Jugoslawen mit 9 %. Aus EG-Ländern kommen insgesamt 16,6 % aller in Schleswig-Holstein beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer.

Sozialhilfeempfänger 1985

Das Folgende ist kein Beitrag zu der Diskussion der schwierigen Frage, was Armut sei. Die Zahl der armen oder zu armen Menschen in einer Gesellschaft ist jedoch ohne Zweifel für die staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Organe in einem Sozialstaat ein ganz wichtiger Indikator. Sie zu ermitteln, gibt es nur einen indirekten Weg. Menschen, die wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen stehen, keine Angehörigen haben, die sie unterstützen, und auch keine auskömmliche Rente oder andere übertragene Einkommen erhalten, haben nach dem Bundessozialhilfegesetz Anspruch auf Sozialhilfe, und die Sozialhilfeträger (Sozialämter der kreisfreien Städte, der Kreise und des Landes), die hierfür öffentliche Mittel ausgeben und dies genau nachweisen, können auch zählen, an wie viele Menschen diese Mittel fließen. Nicht gezählt werden können die Menschen, die den Weg zum Sozialamt nicht finden, obwohl sie Anspruch auf Sozialhilfe hätten.

Das Gesetz zur Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe, von dem hier nur der einschlägige Teil interessiert, richtet eine Bundesstatistik der Ausgaben für Sozialhilfe und der Empfänger von Sozialhilfe ein. Im praktischen Ablauf sind dies zwei Statistiken. Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen fällt weitgehend bereits beim Sozialhilfeträger an, da jede Leistung gemäß dem Haushaltsplan der Körperschaft erbracht und dort entsprechend verbucht wird (Ist-Ausgaben, Buchungsplan). Beim Jahresabschluß werden die aufsummierten Posten nur noch auf einen für die Addition zum Landesergebnis geeigneten Vordruck übertragen und dem Statistischen Landesamt geschickt.

Die Statistik der Empfänger dagegen entsteht erst im Statistischen Landesamt. Die Sozialämter legen für jede Person (oder jeden Haushalt) ein Zählblatt an und schicken diese gesammelt für ein Jahr nach Kiel. Auf jedem anonymen Zählblatt stehen vier Personenmerkmale (Status im Haushalt, Geschlecht, Alter, deutsch/nicht deutsch); es sind die im Laufe des Jahres empfangenen Hilfen (nach 17 Arten) markiert und die Hauptursache der Hilfsbedürftigkeit sowie die gegebenenfalls angerechneten anderweitigen Einkommen angegeben. Über die Höhe der Leistungen ist auf dem Zählblatt nichts vermerkt. Klagen der Mitarbeiter in den Sozialämtern darüber, daß sie neben ihrer eigentlichen Aufgabe diese Zählblätter anzulegen haben, trugen in einer Periode allgemein steigenden Unmuts über vermeintlich zu viele Statistiken zu Beschlüssen der Bun-

desregierung bei, die 1980 auch die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat fanden und Gesetz wurden (1. Statistikbereinigungsgesetz). Darin wurde u. a. bestimmt, daß die Statistik der Sozialhilfeempfänger ab 1981 jedes zweite Jahr als Stichprobe von nur 20 % der Fälle ermittelt werden sollte. Das jetzt aktuelle Berichtsjahr 1985 ist also ein solches Stichprobenerhebungsjahr.

Bereits nach der ersten Stichprobenerhebung 1981 erkannte man, daß die Qualität des Ergebnisses für die Forderungen nicht ausreichte, die hier zu stellen sind¹. Es dauerte aber noch vier Jahre, bis der Entwurf eines zweiten Statistikbereinigungsgesetzes vorlag, das den früheren Zustand der jährlichen Totalerhebung wiederherstellt. Am 19. 12. 1986 wurde dieses Gesetz verkündet. Ab sofort werden nun also die Empfänger von Sozialhilfe jährlich wieder total ermittelt. Die Ausführungen im nachstehenden ersten Teil dieses Aufsatzes entstanden vor der Verkündung der neuen Rechtsgrundlage. Sie waren als Beitrag zur Dokumentation eines gesetzgeberischen Fehlschlages konzipiert. Insoweit behalten sie ihren Wert, auch wenn der Fehlschlag inzwischen korrigiert ist.

Jede statistische Erhebung — mit Ausnahme derjenigen, deren Ursprungsbelege mit dem zu zählenden Vorgang automatisch anfallen — leidet an einem bestimmten Maß von Untererfassung. Im Ergebnis mag dem gelegentliche irrtümliche Doppelerfassung entgegenwirken. Einer Stichprobenerhebung haftet außerdem ein Zufallsfehler an, der mit einer definierten Wahrscheinlichkeit innerhalb bestimmter Grenzen liegt, aber sowohl ein zu hohes als auch ein zu niedriges Ergebnis mit sich bringen kann. Mehrere Stichproben gleichen sich insoweit aus, z. B. 11 Bundesländerergebnisse in der Summe der Bundesrepublik.

Statistiken können außerdem einen sogenannten systematischen Fehler haben, d. h. einen Mangel der Methode aufweisen, der das Ergebnis in einer bestimmten Richtung verfälscht. Sind es Stichproben, so kann der systematische Fehler im angewendeten Auswahl- oder Hochrechnungsverfahren liegen, also stichprobeneigen sein. Das Statistische Bundesamt als die für solche Fragen zuständige Stelle vermutete nach der ersten Stichprobenerhebung der Sozialhilfeempfänger

1) Siehe auch „1981 weniger Sozialhilfeempfänger?“ in Heft 11/12-1982 dieser Zeitschrift

ger 1981, die ein unwahrscheinlich niedriges Ergebnis hatte, einen solchen Fehler oder sah jedenfalls unter den denkbaren Fehlerursachen nur eine, die sich durch Verfeinerung der Methode ausschließen ließ. Zum Verständnis muß das in der Sozialhilfeempfängerstatistik angewendete Auswahlprinzip erklärt werden.

Die gesetzlich vorgeschriebenen 20 % der Hilfeempfänger werden mit Hilfe der Anfangsbuchstaben ihrer Namen ausgewählt. Dieses Verfahren ist bei großen Mengen wissenschaftlich legitim, hauptsächlich weil kein Zusammenhang zwischen Auswahlmerkmal (Buchstabe) und Zählmerkmal (Bezug von Sozialhilfe) besteht. Nach Auszählungen aus deutschen Adreßbüchern fangen 20 % aller Namen mit H, I, M oder P an. Diese Buchstaben wurden deshalb zur Auswahl der Stichprobe bestimmt. Das Ergebnis der Zählung war einfach mit 5 zu multiplizieren, um der Totalen zu entsprechen (Hochrechnung). Nun soll diese Statistik nicht nur für das Bundesgebiet und die Länder, sondern auch für die Kreise Ergebnisse liefern. Es ist aber denkbar, daß auf dieser kleineren Regionalebene der Auswahlmodus nicht mehr ganz funktioniert, weil

- die Zufallsabweichungen bei kleineren statistischen Massen an Gewicht gewinnen (Extrembeispiel: unter den ersten zehn Käufern an der Kinokasse werden nur selten zwei sein, deren Name mit H, I, M oder P beginnt)
- mundartlich, volkstumsbezogen, soziogeografisch oder ähnlich begründet wirkliche Unterschiede in der Namenshäufigkeit zwischen den Regionen bestehen können.

Drittens ist folgender Einwand bedenkenswert: Für Ausländer, besonders für die hier gehäuft in Frage kommenden aus Gastarbeiterländern, gilt sicher eine andere Häufigkeitsverteilung der Namensanfänge als für Deutsche. Auch diese kann wieder von Kreis zu Kreis verschieden sein, wie auch der Anteil der Ausländer stark wechseln kann.

Diesen Unsicherheiten wirkte man für die Erhebung 1985 durch eine Maßnahme entgegen, die den Umstand des jährlichen Wechsels zwischen totaler und Stichprobenerhebung nutzt. Bei der Totalerhebung 1984 wurde den Sozialämtern aufgetragen, auf jedem Empfängerzählblatt zu vermerken, ob der — für die Statistik nicht mitgeteilte — Name des Hilfeempfängers mit H, I, M oder P beginnt. In Verbindung mit dem regulären Erhebungsmerkmal „Ausländer“ konnten nunmehr für jeden Kreis folgende vier Mengen von Hilfeempfängern bestimmt werden:

Deutsche insgesamt
darunter mit H, I, M, P

Ausländer insgesamt
darunter mit H, I, M, P

So konnten leicht für — bei 15 Sozialämtern — dreißig Teilbereiche die dort jeweils erreichten Stichprobenanteile berechnet werden. Es war quasi eine Stichprobe aus bekanntem Totalmaterial gezogen worden. Unter der recht sicheren Voraussetzung, daß sich von einem Jahr auf das nächste die Namensverteilungshäufigkeiten nicht merklich ändern, war damit für die Hochrechnung der Stichprobe 1985 eine aktuelle, regionbezogene und deutsch/nicht deutsch-spezifische Grundlage geschaffen worden, die die oben geschilderten methodischen Einwände entkräftet. Für solch eine positive Erwartung muß allerdings noch vorausgesetzt werden, daß 1984 die Markierungen („HIMP“ ja/nein) richtig gesetzt wurden. Dabei kommt es nicht unbedingt auf die Korrektheit des Einzelfalles an (die Irrtümer in „ja“ und „nein“ dürften sich ausgleichen), sondern darauf, daß im ganzen keine Tendenz zu einseitiger Über- oder Untermarkierung zu befürchten ist. Nach Lage der Dinge — auf **jedem** Zählblatt war eines von zwei Kästchen anzukreuzen — liegt die Annahme einer solchen Tendenz nicht nahe.

Eine erste Kontrolle nach der beschriebenen Auszählung für 1984 sollte die Frage beantworten, welchen Fehler der früheren Stichprobenerhebungen (1981 und 1983) man etwa dem damals noch pauschalen Hochrechnungsverfahren mit dem für das ganze Bundesgebiet einheitlichen Faktor 5 zuweisen könne. Nach den Feststellungen von 1984 lagen die Hochrechnungsfaktoren — die reziproken Werte des ausgezählten Stichprobenanteils, also z. B. 5 bei einer Stichprobe von 20 % — für Deutsche in den Kreisen zwischen 4,0 und 6,1, für Ausländer zwischen 5,1 und 9,8 (ein „Ausreißer“ lag bei 26,3). Für Schleswig-Holstein zusammen errechnet sich der Hochrechnungsfaktor für Deutsche mit 5,0, für Ausländer mit 7,3 und insgesamt (gewogen bei einem Anteil der Ausländer von 4,9 %) mit 5,1. Die 1981 und 1983 angewendete Hochrechnung mit 5,0 war also für die deutsche Bevölkerung richtig. Da aber Namen mit H, I, M, P unter Ausländern seltener sind, fielen die Landesergebnisse etwas zu niedrig aus; sie sind um 1,8 % anzuheben, um diesen Fehler auszugleichen. Die Reihe der amtlichen Zahlen für alle Hilfeempfänger der letzten Jahre (links) würde sich insoweit nachträglich korrigieren lassen (rechts):

(Tabelle siehe nächste Seite)

Wie ersichtlich, führt die Verbesserung der Methode — Berücksichtigen der bei Ausländern abweichenden Namensanfangshäufigkeiten — nur zu kleinen Korrek-

Jahr	Originalwerte	Korrigierte Werte
1980	100 179	
1981	94 100	95 786
1982	103 469	
1983	99 635	101 420
1984	116 709	
1985	118 712	

turen. Da anhand der Ausgabenentwicklung ziemlich sicher ist, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger in diesen Jahren stetig zugenommen hat und auch im letzten Berichtsjahr, 1985, um mehr als nur die nachgewiesenen 1,7 % höher war als 1984, muß das regelmäßige Zurückbleiben der Stichprobenwerte eine andere Ursache haben. Die Vermutung liegt nahe, daß die Berichtsstellen in den Stichprobenjahren einfach nicht alle, nach der Weisung auszuwählenden Fälle aufgezeichnet haben, sondern einige nicht. Dies ist psychologisch verständlich. Vor dem Hintergrund, daß das Anlegen der Statistik-Zählblätter für die Mitarbeiter eines Sozialamtes immer eine unwillkommene Störung darstellt, macht es einen Unterschied, ob dies für jeden bearbeiteten Fall gilt, also unausweichlich ist und quasi automatisch geschieht, oder ob es nur für ein Fünftel der Fälle gilt, wobei der Bearbeiter — und das nur in jedem zweiten Jahr — immer wieder die Entscheidung im Einzelfall nach dem Anfangsbuchstaben treffen muß. In einem Stichprobenerhebungsjahr ist also die Gefahr, daß von der an sich geringeren Zahl einige Fälle doch nicht aufgezeichnet werden, größer als in einem Vollerhebungsjahr. Wenn diese Annahme zutrifft, müßten sich die einzelnen Berichtsstellen im

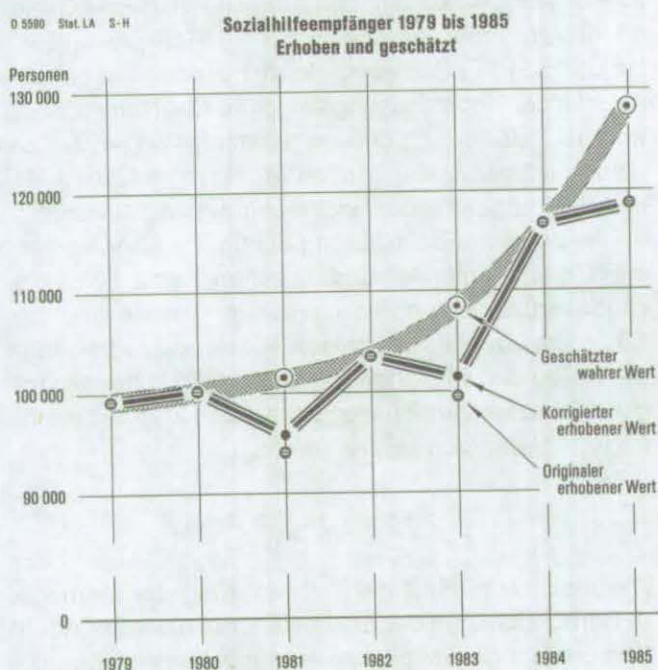
Grad der Untererfassung deutlich unterscheiden, denn es gibt, wie die allgemeine Erfahrung lehrt, verschiedene Voraussetzungen in Art und Menge des Personals.

Das oben geschilderte Verfahren bietet nun außer dem beschriebenen Vergleich von Total- und Stichprobenmenge desselben Jahres (1984) die Möglichkeit, die Stichprobenmengen zweier Jahre (1984 und 1985) miteinander zu vergleichen, und zwar für jeden Kreis einzeln. Wenn bei methodisch gleicher Stichprobe die Zahl der für 1985 gemeldeten Fälle von der für 1984 abweicht, dann muß sich die Wirklichkeit entsprechend verändert haben — oder für 1985 sind nicht alle vorhandenen Fälle aufgezeichnet worden. Die theoretischen beiden anderen Abweichungsgründe können nach Lage der Dinge vernachlässigt werden, nämlich eine fehlerhafte Zahl für 1984 und eine Übererfassung 1985.

Wie sieht nun dieser Vergleich für die 15 schleswig-holsteinischen Berichtsstellen (das Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe, der überörtliche Träger, eignet sich wegen zu kleiner Fallzahlen nicht für diesen Vergleich) aus? Die folgende Tabelle verzichtet auf die hier entbehrlichen Namen der einzelnen Ämter. Sie enthält die Differenz — Wert 1985 minus Wert 1984 — ausgedrückt in Prozent des für zutreffend geltenden Wertes von 1984:

Veränderung der Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1984 auf 1985 in % in den 15 kreisfreien Städten und Kreisen

- 26,4 %	- 0,6 %	+ 3,8 %
- 13,0 %	+ 7,9 %	+ 11,6 %
+ 1,6 %	+ 11,4 %	+ 14,4 %
- 10,9 %	+ 5,3 %	+ 12,7 %
+ 14,2 %	+ 20,0 %	+ 10,1 %



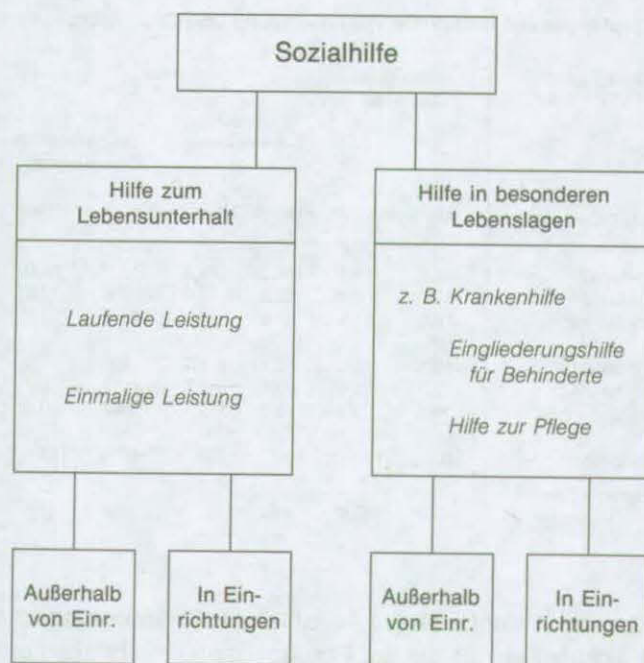
Wie man zu sehen meint, hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1984 auf 1985 in manchen kreisfreien Städten und Kreisen um bis zu 26 % abgenommen, in anderen um bis zu 20 % zugenommen; fast gleiche Stände kommen auch vor. Kenner der Materie erklären dieses Bild für falsch. Einen geeigneten Anhaltspunkt für die wahrscheinliche mittlere Zunahme der Empfängerzahlen bieten die Ausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, welche von 1984 auf 1985 in der Landessumme um 18,6 % gestiegen sind. Berücksichtigt man, daß in dieser Zeitspanne die Regelsätze für diese Hilfeart um etwa 5,3 % angehoben worden sind, dann bleiben für die Mengenkomponekte des Ausgabenwachses 13 % übrig. Selbst wenn man noch einen Abschlag für gestiegene spezifische Sozialleistungsmenge je Person macht — unter Um-

ständen die Folge von länger anhaltender Hilfsbedürftigkeit, die die Reserven des Haushalts erschöpft und zu vermehrter Gewährung von einmaligen Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt führt —, ist die Erwartung eines Zuwachses der Empfänger von Sozialhilfe von 10 bis 12 % begründet. Selbst unter Erweiterung der Spannweite wegen etwaiger Besonderheiten einzelner Kreise auf 8 bis 14 % Zunahme zeigt die obige Aufstellung, daß sieben Kreise unter der realistischen Annahme liegen und ein Kreis darüber. Das Ergebnis der Stichprobenerhebung 1985 ist — wie schon 1981 und 1983 — in seinen hochgerechneten Absolutwerten für die Hälfte der Kreise und damit auch für das Land nicht verwendbar.

Dieser Umstand ist zwar betrüblich, er bedeutet aber keineswegs, daß die Sozialhilfeempfängerstatistik überhaupt nicht brauchbar sei. Was die Struktur der Empfänger angeht, also die relativen Häufigkeiten, mit denen gewisse Merkmale auftreten, ist aus den obigen Einwänden keine Kritik abzuleiten. Ein Zählblatt „vergessen“ anzulegen ist eine Sache, ein angelegtes Zählblatt an den zutreffenden Stellen anzukreuzen eine ganz andere. Im zweiten Teil dieses Berichts sollen deshalb strukturelle Ergebnisse dargestellt werden.

Zum Abschluß dieser Einführung über die Verwendbarkeit der absoluten Zahlen sei aber noch auf eine Gefahr der Mißdeutung ganz anderer Art hingewiesen. Die Vorstellung von z. B. 120 000 Sozialhilfeempfängern der Statistik als der Menge Menschen, die gestern und heute Sozialhilfe beziehen, trifft nicht zu. In dieser Zahl sind nämlich alle Personen enthalten, die im Laufe eines Jahres irgendwann einmal dazu gehörten. Um auch die Anzahl der an einem Stichtag vorhandenen Bezieher von Sozialhilfe kennenzulernen, enthält das Zählblatt die Frage, ob laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende gewährt wurde, und die weitere Frage, ob irgendeine Sozialhilfe in Einrichtungen gewährt wurde. Die logisch fehlende Restgruppe derer, die eine Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb einer Einrichtung erhielten, kann vielfach nicht stichtagbezogen beantwortet werden und fehlt deshalb. Zum besseren Verständnis siehe das beigefügte Grobschema.

Wie groß ist nun die Fluktuation, also das Verhältnis betroffener Personen im Zeitraum zu denen am Stichtag? 1985 wurden für das ganze Jahr 81 800 Personen mit Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gezählt, am Jahresende waren es aber nur 67 400, also gut acht Zehntel der größeren Zahl oder 18 % weniger als sie. Andererseits erhielten im Laufe des Jahres 1985 27 300 eine Sozialhilfeleistung



in einer Einrichtung, aber nur 19 500 waren es am Jahresende, also nur sieben Zehntel der größeren Zahl oder 29 % weniger als sie. Diese Stichtagszahlen spielen in den Ergebnistabellen nur eine ganz untergeordnete Rolle. Alle folgenden Darlegungen beziehen sich auf die größere Anzahl der im Laufe des Jahres unterstützten Personen.

Zuerst soll die Verteilung der Hilfeempfänger auf Altersklassen und nach dem Geschlecht beschrieben werden. Dies soll getrennt geschehen für die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und von Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Es fällt ins Auge, daß die Anteile der Frauen und der Männer bei den alten Menschen besonders ungleich sind. Nur 5,4 % der Männer, aber 20,5 % der Frauen sind 75 und mehr Jahre alt, mit gewissen Unterschieden je nach der Hilfeart. So tritt die Altersüberhöhung generell bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen stärker hervor als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt; umgekehrt ist es bei den Kindern und Jugendlichen. Die Überhöhung der Frauen gegenüber den Männern ist dagegen bei beiden Hilfearten relativ etwa gleich groß unter den alten Menschen und wieder gegenläufig unter den jüngsten.

Da die Summen der Altersgruppen in der Tabelle bei Frauen wie Männern immer 100 ergeben, müssen den Altersgruppen mit einem Vorherrschen der Frauen andere mit einem Vorherrschen der Männer entsprechen.

Empfänger von Sozialhilfe 1985 nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe	Sozialhilfe insgesamt		Davon			
			Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Unter 18	22,2	35,2	26,9	38,9	12,6	25,0
18 bis 24	11,3	12,8	13,3	12,9	7,6	12,6
25 bis 49	28,6	33,3	33,6	35,1	20,9	33,6
50 bis 64	10,1	10,0	10,4	8,7	10,0	12,5
65 bis 74	7,2	3,4	5,8	2,0	10,2	5,7
75 und mehr	20,5	5,4	10,0	2,4	38,7	10,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Summe Frauen u. Männer ÷ 100	59,1	40,9	58,7	41,3	59,0	41,0

Das heißt nicht, daß die Anzahl der Männer dort absolut größer sei als die der Frauen, denn es gibt absolut insgesamt deutlich mehr Sozialhilfe beziehende Frauen als Männer. Dies kommt in der letzten Zeile zum Ausdruck, deren Anteilsberechnung quer zu der anderen verläuft: Von 100 Personen sind 59 weiblichen und 41 männlichen Geschlechts und damit relativ mehr Frauen unter den Sozialhilfeempfängern als in der gesamten Bevölkerung, wo dieses Verhältnis 52 : 48 beträgt. Dies hängt nicht etwa damit zusammen, daß eine unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen nur Frauen gewährt werden kann, nämlich die Hilfe für Wöchnerinnen und werdende Mütter. Hierin drückt sich vielmehr zweierlei aus:

- die größere Zahl alter Frauen in der ganzen Bevölkerung,
- die sozial weniger gesicherte Situation der Frauen.

Um das zweite sichtbar zu machen, muß das erste herausgelöst werden. Zugleich muß der Einflußfaktor Alter eliminiert werden. Dazu wird in der folgenden Übersicht durchweg der Quotient „Frauen je 1 Mann“ verwendet, und zwar für jede Altersgruppe.

In der ersten Spalte wird die altersabhängige Geschlechterproportion der Bevölkerung sichtbar. Während insgesamt 107 Frauen auf 100 Männer kamen, weisen die Jahrgänge über 50 höhere Überschüsse auf, und über 75 Jahren gibt es sogar mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer, die jüngeren Jahrgänge aber zeigen umgekehrte Verhältnisse, nämlich mehr Männer als Frauen.

In der zweiten Spalte finden sich die Sozialhilfebezieher in derselben Darstellungsform. Unter ihnen sind die Männer nur unter 18 Jahren leicht in der Überzahl,

Die Geschlechterproportion in den Altersgruppen der Bevölkerung und der Sozialhilfeempfänger 1985

Altersgruppe	Bevölkerung	Sozialhilfeempfänger ¹	Spalte 2 geteilt durch Spalte 1
	Frauen je 1 Mann		
Unter 18	0,95	0,98	1,03
18 bis 24	0,90	1,48	1,64
25 bis 49	0,92	1,38	1,50
50 bis 64	1,19	1,80	1,51
65 bis 74	1,69	4,72	2,79
75 und mehr	2,09	6,84	3,27
Insgesamt	1,07	1,41	1,32

1) Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

schon ab 18 Jahren überwiegen die Frauen, und zwar durchweg in stärkerem Maße als in der Bevölkerung. Die Schwelle des Doppelten wird schon kurz oberhalb 65 Jahre überschritten, und unter den über 75jährigen gibt es beinahe siebenmal so viele Frauen wie Männer. Hierbei handelt es sich nicht etwa um einen Effekt zu kleiner Zahlen: 75 Jahre und älter sind 500 männliche Sozialhilfebezieher und 3 500 weibliche.

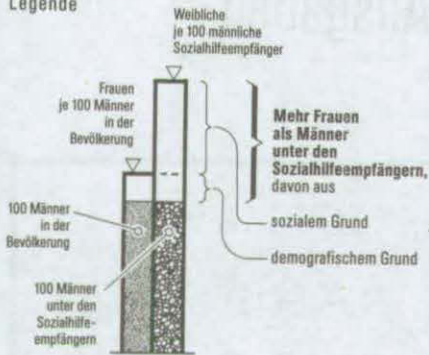
Die dritte Spalte enthält rechnerisch den Quotienten „zweite Spalte geteilt durch erste Spalte“; inhaltlich bedeuten die Werte diejenige Komponente des Übergewichts der Frauen unter den Sozialhilfeempfängern, die nicht auf die demografische Grundstruktur zurückzuführen ist. Anders ausgedrückt, den Faktor, um den das Risiko der Sozialhilfebedürftigkeit für die Frauen der betreffenden Altersgruppe größer ist als für die Männer gleichen Alters. Schon ein um die Hälfte größeres Risiko (1,5) ist in dieser Berechnungsart nennenswert; es gilt für die Frauen der mittleren Altersgruppen. Für die älteren Frauen errechnet sich sogar ein dreifaches Risiko.

Angesichts seiner Bedeutung soll der Sachverhalt noch in einer anderen Berechnungsweise dargestellt werden. Wenn sich unter den Sozialhilfebeziehern von 50 bis 64 Jahren je 100 Männer 180 Frauen befinden, dann kommen von diesen 80 mehr Frauen 19 zwar auf das Konto des größeren Reservoirs bei sonst gleichen Risiken, 61 jedoch auf das Konto von Ursachen, die den Sozialhilfebezug selbst betreffen. Unter den Sozialhilfeempfängern zwischen 65 und 74 Jahren lauten die entsprechenden Zahlen: 372 Frauen mehr, davon 69 demografisch begründet und 303 sozial begründet. Unter den Empfängern im Alter von 75 und

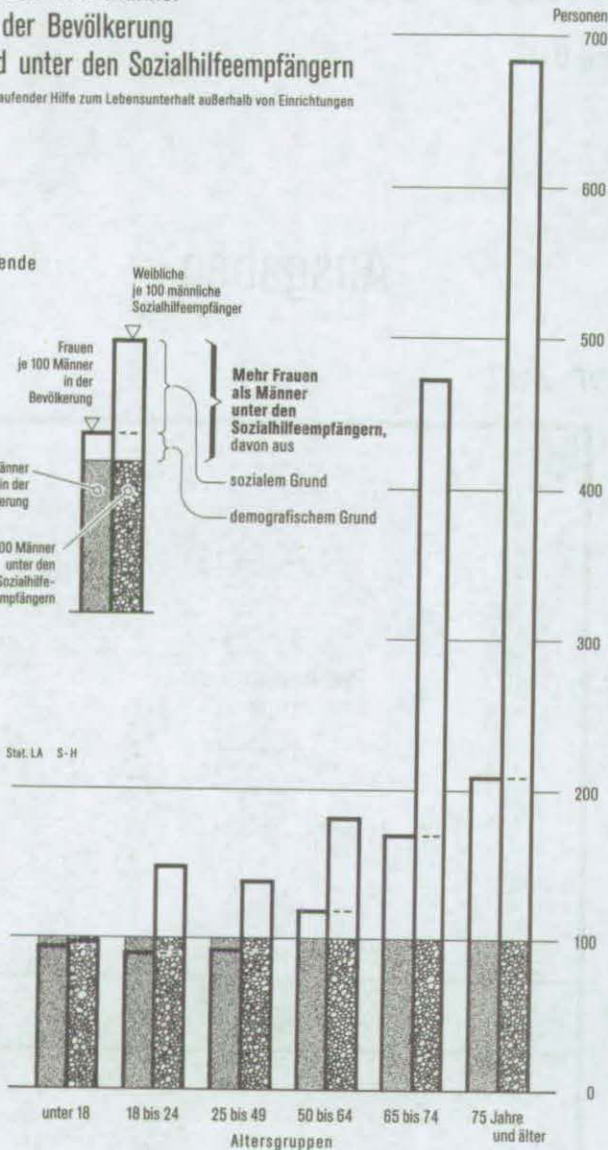
Frauen und Männer in der Bevölkerung und unter den Sozialhilfeempfängern

von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Legende



D 5591 Stat. LA S-H



mehr Jahren: 584 Frauen mehr (immer je 100 Männer), davon 109 demografisch und 475 sozial begründet.

Das hier zutage tretende größere Risiko der Frauen, auf Sozialhilfebezug angewiesen zu sein, steigt also mit dem Alter, und zwar nicht erst im Alter, sondern bereits von Jugend an. Lediglich unter 18 Jahren gibt es kein Zusatzrisiko für das weibliche Geschlecht. Die eindrucksvolle Länge der Säule im Bild für die über 65jährigen Frauen darf allerdings nicht als Folge nur des Alters dieser Frauen angesehen werden. Sie ist wesentlich mitbestimmt von der historischen Situation gerade dieser Frauen, die heute in diesem Alter sind. Auch ohne irgendwelche sozialpolitischen Änderungen des heutigen Zustandes kann eine gleichartige Aufzeichnung für die Sozialhilfebezieher im Jahre 2020 anders aussehen. Es ist zu hoffen, daß die seit vielen

Jahren wachsende Gleichstellung der Frau als Erwerbsperson sich trotz der zunehmenden Schwierigkeiten aller Rentenfinanzierung in den kommenden Jahrzehnten günstig auswirken wird. Grundlegend beseitigt wäre das höhere Sozialhilferisiko alter Frauen aber wohl erst, wenn ihre gesellschaftliche Lebensleistung als Mütter monetär bewertet würde und sich wie Erwerbstätigkeit rentenbegründend oder rentenerhöhend auswirkte.

An diesem Punkt der Erkenntnis wäre es dringend zu wünschen, das Merkmal „Hauptursache des Sozialhilfebezugs“ heranzuziehen. Leider gibt es im bundeseinheitlichen Auswertungsprogramm keine Tabelle, die die Kombination Geschlecht/Alter/Ursache für die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bietet. Dies hat einen plausiblen Grund: Alle Auswertungen müssen sich auf klar definierte Zählmengen beziehen, als welche hier nur zwei in Frage kommen, nämlich die Person und der Haushalt. Die Zählmerkmale sind nun aber immer entweder solche der Person (z. B. Geschlecht und Alter) oder solche des Haushalts. Zu letzteren gehört die Ursache, die — wie auch die angerechneten Einkommen — nur einem Haushalt zugeordnet werden kann und nicht einer Person. Nur im Falle eines Ein-Personen-Haushalts fällt beides zusammen. Für die Gewährung von Sozialhilfe stellt die sogenannte Bedarfsgemeinschaft einen wichtigen Begriff dar; zu ihr zählen alle Personen, die gemeinsam wirtschaften, hinsichtlich ihrer zu beurteilenden Finanzkraft also eine Einheit darstellen. Nur dieser Einheit kann eine Ursache zugeordnet werden, wie auch die Einkommen jedes Mitglieds dieser Einheit zusammgezogen werden und der Summe der personenweise festgesetzten Hilfebeträge gegenübergestellt werden, um den Saldo nach Richtung und Höhe zu ermitteln. Nur bei Überwiegen der Richtsatzsumme über die Einkommenssumme — unter Beachtung weiterer Differenzierungen — wird Sozialhilfe überhaupt gewährbar.

Da eine spezifische Tabelle fehlt, gibt es nur die Möglichkeit einer Hilfskonstruktion, um das festgestellte höhere Risiko der Frauen mit den Ursachen des Sozialhilfebezugs in Verbindung zu bringen. Die Tabellen für Haushalte, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen beziehen, sind nämlich einmal nach dem Alter des Haushaltsvorstandes (HV) und einmal nach der Ursache für den Hilfebezug gegliedert, und die in beiden Tabellen verwendeten Haushaltstypen lassen sich weitgehend einem bestimmten Geschlecht zuordnen. Dies wird in der folgenden Aufstellung deutlich, die von der Vorspalte jener Tabellen ausgeht:



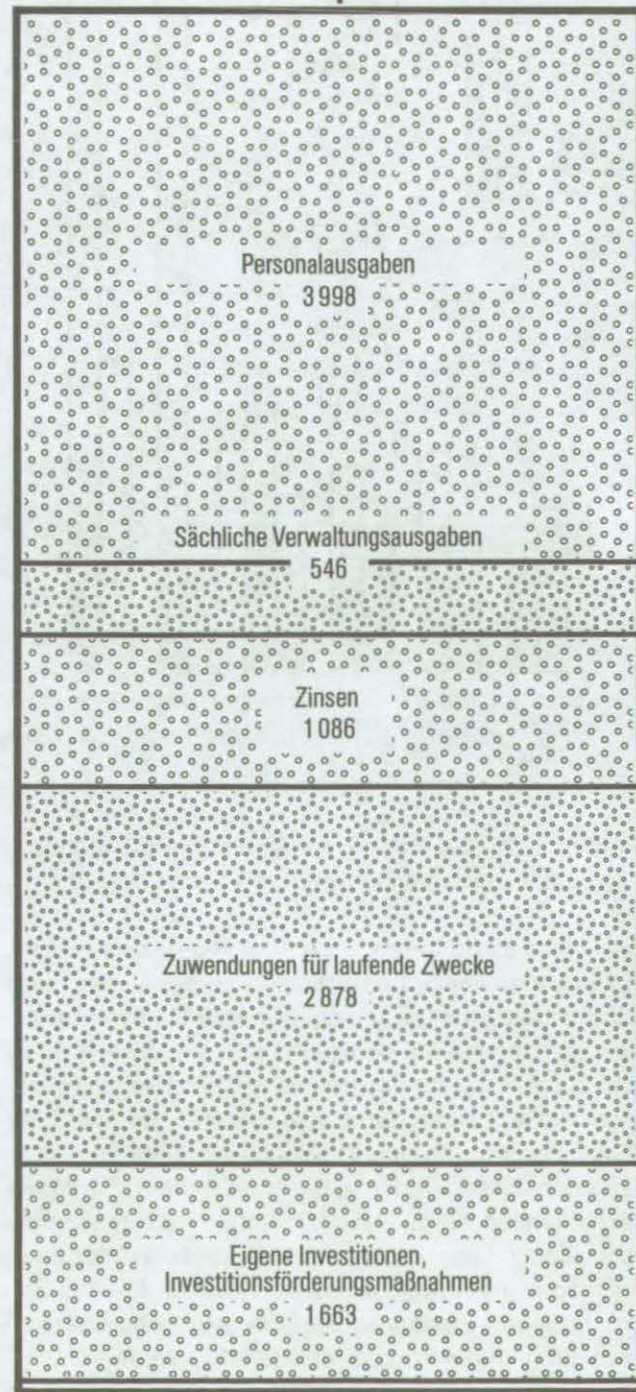
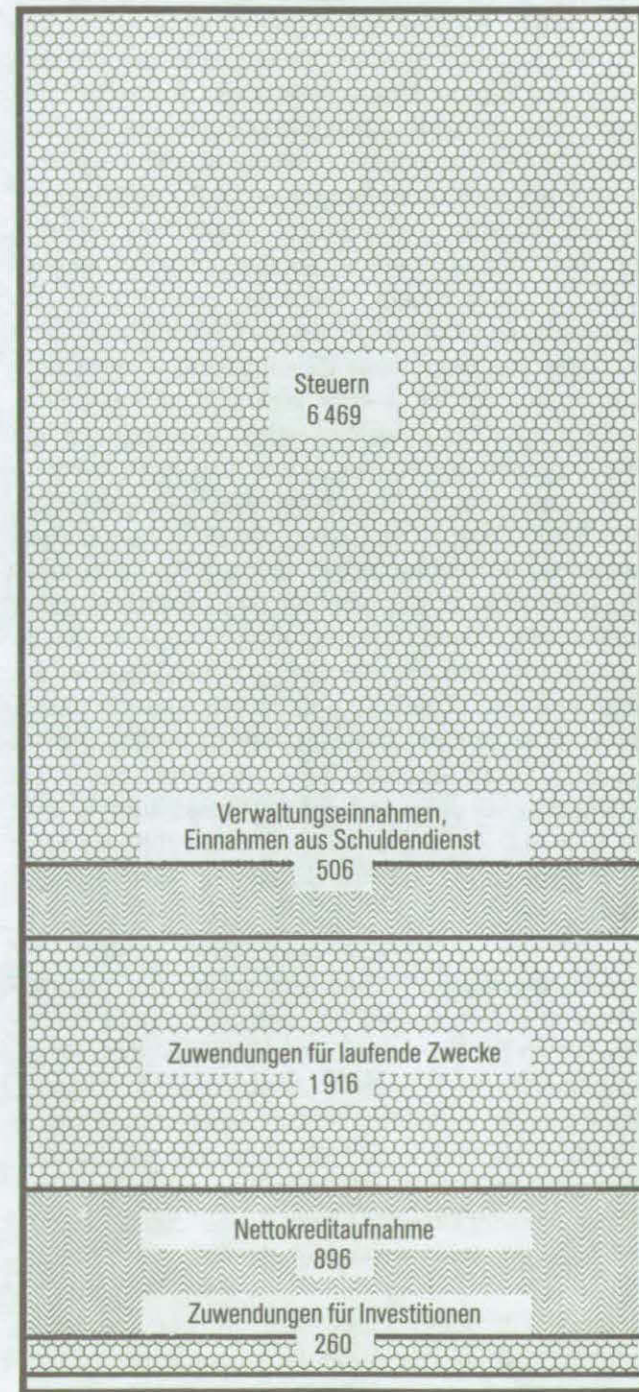
Landeshaushalt 1987

in Millionen DM

Einnahmen

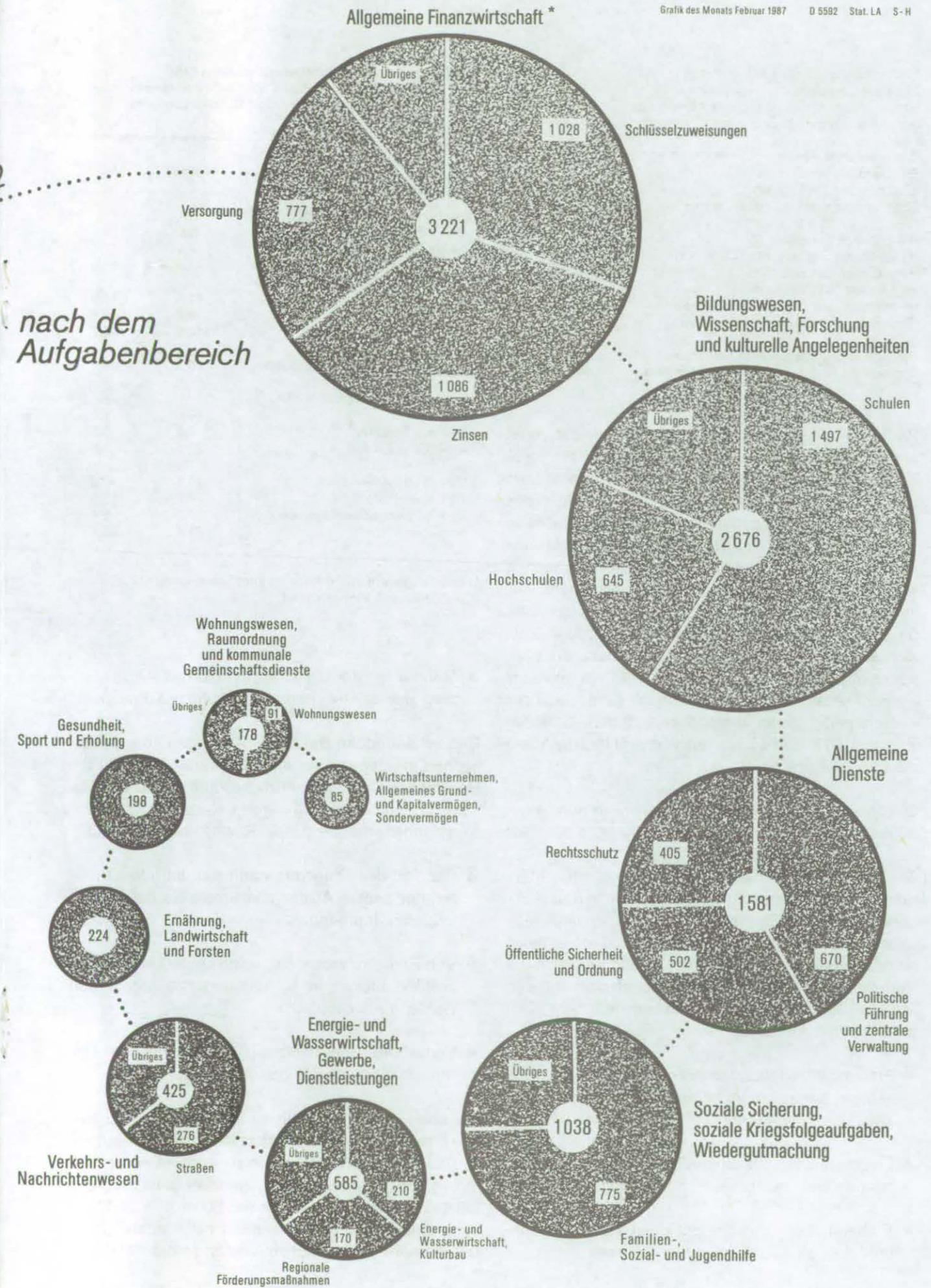
Ausgaben*

nach der Art



10 212

nach dem Aufgabenbereich



*) ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages

Einzel nachgewiesene HV, männlich	Mann
Einzel nachgewiesene HV, weiblich	Frau
Sonst. einzeln nachgew. Hilfeempf., männlich	Mann
Sonst. einzeln nachgew. Hilfeempf., weiblich	Frau

Ehepaare ohne Kinder	Mann
Ehepaare mit einem Kind	Mann
Ehepaare mit zwei Kindern	Mann
Ehepaare mit drei und mehr Kindern	Mann

HV männlich mit einem Kind	Mann
HV weiblich mit einem Kind	Frau
HV männlich mit zwei Kindern	Mann
HV weiblich mit zwei Kindern	Frau
HV männlich mit drei und mehr Kindern	Mann
HV weiblich mit drei und mehr Kindern	Frau

Sonstige Haushalte mit zwei Personen	nicht verwendet
Sonstige Haushalte mit drei und mehr Pers.	nicht verwendet

Rechts neben der Bezeichnung des Haushaltstyps ist angegeben, welchem Geschlecht der Haushaltstyp — Träger des Merkmals „Ursache“ — auf dem Weg über die Person des Haushaltsvorstandes — Träger des Merkmals „Alter“ — zugeordnet wird für den nachstehenden Vergleich. Wie ersichtlich, nehmen zwei Haushaltstypen an dem Vergleich nicht teil; sie machen weniger als 5 % der Haushalte aus. Als „männlich“ werden 40,8 %, als „weiblich“ 54,6 % der Haushalte gezählt. Das deutliche Übergewicht der Frauen stellt sich auch hier ein, obwohl in der Zuordnung der Ehepaare nur zum männlichen Geschlecht ein gewisser kleiner Fehler liegt; es gibt vereinzelt Fälle, wo in der Aufzeichnung eines Ehepaares auf dem Statistik-Zählblatt die Frau als Haushaltsvorstand und der Mann als Ehegatte erscheint.

Die oben erwähnte Hilfskonstruktion wird nun in der folgenden Tabelle vorgestellt.

Die Summen der fünf (bei Frauen) und neun (bei Männern) Haushaltstypen sind hier zu je einer Spalte zusammengefaßt. Für jede Altersgruppe und jede Ursache ist der Anteil in Prozent aller in den Vergleich einbezogenen Haushalte aufgeführt. Ein Vergleich der Verteilungen nach dem einen und nach dem anderen Merkmal, jeweils zwischen Frauen und Männern, führt zu folgenden Aussagen:

- Frauen sind im Haupterbsalter (25 bis 49 Jahre) weniger zahlreich, im höheren Alter (ab 65 Jahre) zahlreicher als Männer.
- Frauen mit den Ursachen „Tod und Ausfall des Ernährers“ sind relativ neunmal so häufig wie Männer.
- Frauen mit der Ursache „zu kleine Rente“ sind relativ doppelt so zahlreich wie Männer.

Die Haushalte der Sozialhilfeempfänger¹ 1985 nach Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstandes und nach der Ursache für den Sozialhilfebezug in %

	Haushaltsvorstand	
	weiblich	männlich
Alter des Haushaltsvorstandes		
unter 18 Jahre	3,0	4,4
18 bis 24 Jahre	16,9	17,7
25 bis 49 Jahre	44,8	58,5
50 bis 64 Jahre	13,5	14,0
65 bis 74 Jahre	9,0	2,8
75 und mehr Jahre	12,7	2,7
Haushalte zusammen	100	100
Ursache für den Sozialhilfebezug		
Krankheit	6,0	9,6
Tod des Ernährers	2,6	0,2
Ausfall des Ernährers	22,0	2,5
Verlust des Arbeitsplatzes	10,1	40,5
Zu kleine Rente	26,9	13,5
Zu wenig Erwerbseinkommen	7,1	5,4
Sonstige	25,4	28,4

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

- Männer mit der Ursache „Verlust des Arbeitsplatzes“ sind relativ viermal so häufig wie Frauen.

Den verbindenden Bezug der Aussagen über die Ursachen mit denen über die Altersverteilung stellt die Realität her. Dank dieser Brücke kann ein Inzidenzzusammenhang unterstellt werden, der einen Kausalzusammenhang nahelegt. Die Realitätsbrücken sind:

- Der Tod des Ernährers häuft sich im höheren Alter, der andere Ausfall des Ernährers dagegen in mittleren Jahrgängen.
- Von Rente zu leben, die, wenn sie zu klein ist, Sozialhilfe auslöst, ist für das (deshalb sogenannte Renten-) Alter typisch.
- Verlust des Arbeitsplatzes ist nur den mittleren Jahren, dem erwerbsfähigen Alter zuzurechnen.

Die oben konstatierte höhere Sozialhilfebedürftigkeit von Frauen kann damit abschließend zwei wahrscheinlich hauptbeteiligten Ursachen zugeordnet werden: Im frühen und mittleren Erwachsenenalter ist es der „Ausfall des Ernährers“, häufig in der Form, daß ein Mann seine mittellose Lebenspartnerin mit Kindern sitzen läßt. Im höheren und hohen Alter ist es das Fehlen ei-

nes eigenen Rentenanspruchs und die zu kleine eigene Rente oder Witwenrente. „Tod des Ernährers“ und „zu kleine Rente“ können dabei zusammengefaßt werden. Das seltene Auftreten des ersten entspricht dem Charakter dieser Ursache als eines einmaligen Ereignisses, während das zweite einen andauernden Zustand darstellt.

Zum Ausklang soll noch ein weniger problemnahes Gebiet beschrieben werden. Es mag von Interesse sein zu erfahren, was sich hinter dem Begriff „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ verbirgt. Er stammt aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), der entscheidenden Grundlage für alle Tätigkeit auf diesem Gebiet. Dort sind ganz bestimmte, möglicherweise eine Notlage auslösende Lebensumstände aufgeführt, deren Vorliegen die entsprechende Hilfe ermöglicht. Der Katalog der Hilfen ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Dort fehlt eine im BSHG enthaltene Hilfeart, die Blindenhilfe. Ihre Leistungen werden in Schleswig-Holstein nach einem speziellen Gesetz gewährt, so daß sie in der Sozialhilfe, die streng dem Prinzip der Nachrangigkeit unterliegt (Subsidiaritätsprinzip), nicht erscheinen kann.

Trotz der eingangs ausgeführten Vorbehalte gegenüber den Absolutzahlen der Stichprobenerhebung von 1985 werden sie hier gebracht, um eine anschaulichere Vorstellung der Verhältnisse mit Hilfe der Größenordnungen zu ermöglichen.

Die einzelnen Leistungen der Hilfe in besonderen Lebenslagen treten mit sehr unterschiedlicher Häufigkeit

auf. Weit an der Spitze liegt die Hilfe zur Pflege. Ihr folgt die Krankenhilfe und die Eingliederungshilfe für Behinderte. Schlägt man der Krankenhilfe, wie es naheliegt, die vorbeugende Gesundheitshilfe zu, die für sich genommen an vierter Stelle steht, dann sind es 19 von 20 Empfängern, die auf diese vier Hilfearten entfallen. Sie werden durch die drei Lebensumstände Krankheit (akut), Behinderung (Dauer) und pflegebedürftiges Alter ausgelöst. Die sechs anderen Lebensumstände und die Restgruppe treten ihnen gegenüber völlig zurück. Die aus dem BSHG abgeleiteten Kategorien sind also im Hinblick auf ein Ziel der Statistik, nämlich durch geeignete Gliederung mehr Information über die speziellen Erscheinungsformen der gewichtigen Hilfeauslöser zu erhalten, nicht optimal.

In zweierlei Hinsicht kann diese Aussage allerdings wieder abgeschwächt werden. Die Unterscheidung, ob die Hilfe in oder außerhalb einer Einrichtung gewährt wird, stellt nämlich ein nützliches weiteres Gliederungsmerkmal dar, und die Eingliederungshilfe für Behinderte wird in der Statistik noch in fünf bestimmte und eine Restgruppe zerlegt, die im BSHG vorgegeben sind, hier jedoch fortgelassen wurden. Die ebenfalls nach dem BSHG unterscheidbaren Teile der Krankenhilfe, nämlich Hilfe bei Schwangerschaft, bei Sterilisation und zur Familienplanung, finden jedoch in der Statistik der Empfänger keinen Niederschlag. In der Hilfe zur Pflege bietet das BSHG jedoch keinen Ansatz zur weiteren Differenzierung in bezug auf die Personen. Anders ist es in bezug auf die Aufwendungen, die in der eingangs erwähnten zweiten Statistik nachgewiesen werden, von der hier jedoch nicht die Rede ist.

Hilfe in besonderen Lebenslagen 1985

	Zahl der Empfänger		
	außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen	insgesamt
Hilfe in besonderen Lebenslagen überhaupt (ohne Mehrfachzählung)	22 007	24 741	45 617
Davon Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	71	-	71
Vorbeugende Gesundheitshilfe	1 372	1 951	3 319
Krankenhilfe	9 180	1 606	10 320
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	95	58	113
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 284	6 609	7 869
Tuberkulosehilfe	43	61	98
Hilfe zur Pflege	9 185	14 930	24 011
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	496	25	521
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	546	127	673
Altenhilfe	140	15	155
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	626	63	689

Schon die Trennung der Personen, die zu Hause und in Einrichtungen leben (siehe obige Tabelle), zeigt deutliche Unterschiede der relativen Häufigkeit der genannten wichtigsten Leistungen. Die Eingliederungshilfe hat unter den in Einrichtungen gewährten Hilfen ein noch stärkeres Übergewicht als insgesamt; das gleiche gilt für die Hilfe zur Pflege. Umgekehrt verhält es sich jedoch bei der Krankenhilfe, die vornehmlich Menschen zugute kommt, die selbständig leben.

Bei Berechnungen von Anteilen mit den Zahlen der obigen Tabelle muß ein Umstand bedacht werden. Gezählt werden Empfänger, die mindestens einmal im Jahr irgendeine Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten haben (unabhängig davon, ob ihnen auch Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde, wovon im Moment abzusehen ist). Erhält die gleiche Person im Laufe des Jahres eine weitere Hilfe derselben Art, so tritt dies nicht in Erscheinung; erhält sie eine andere Hilfe in besonderen Lebenslagen, so wird dies verzeichnet und die Person wird auch als Empfänger dieser anderen Hilfe gezählt. Die Addition der Empfängerzahlen ab Zeile 2 der Tabelle enthält also einige Personen mehrfach. Die Summe in Zeile 1 dagegen ist von diesen Mehrfachzählungen befreit.

Außer dem Bezug mehrerer Hilfearten bei einer Person gibt es aber auch noch die Kombination von Hilfen außerhalb von Einrichtungen und — im gleichen Jahr — in Einrichtungen. Hier gilt die gleiche Zählweise: dieselbe Person kann in beiden Spalten erscheinen, in der Spaltensumme 3 jedoch nur einmal.

Der Umfang der Mehrfachzählungen der zweiten Art kann leicht für jede Hilfeart errechnet werden. Die Abweichung ist nur bei der Krankenhilfe mit 466 von ei-

niger Bedeutung, die Differenz 104 bei der Hilfe zur Pflege ist angesichts der größeren Fallzahl schon weit weniger gewichtig; 40 bei der Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen bedeutet wiederum viel mehr. Die restlichen Abweichungen — bei 5 Hilfearten bestehen gar keine — sind nicht mehr erwähnenswert. Eine Interpretation dieses Vergleichs ist dadurch erschwert, daß die genannten Differenzen nicht schlicht als Personen gelten können, die im Jahr die gleiche Hilfe sowohl außerhalb als auch in einer Einrichtung erhalten haben. Da beides unabhängig voneinander gezählt wird, können auch verschiedene Personen unter den Fällen sein, die sich als Mehrfachzählfälle herausrechnen lassen.

Die zuerst angesprochene Art von Mehrfachzählungen, nämlich in mehreren Zeilen einer Spalte, erlaubt nur zwei Feststellungen: Für Spalte 1, außerhalb von Einrichtungen, ist die Summe der Empfängerfälle ab Zeile 2 um gut 1 000 größer als die beteiligten Personen in Zeile 1, und für Spalte 2, in Einrichtungen, beträgt diese Differenz — auf etwas höherem Niveau — 700. Auch hier gilt aber die oben gemachte Einschränkung gegenüber der schlichten Interpretation dieser Differenz als Personen mit Hilfeakkumulation, und zwar aus dem gleichen Grunde. Die genaue Erforschung der vorkommenden Leistungskumulationen wäre einerseits wegen der enormen Zahl möglicher Kombinationen — die Zahl könnte leicht in die Millionen gehen — sowohl undurchführbar als auch, wegen der viel kleineren Zahl beteiligter Personen, sinnlos, andererseits wegen der Begrenzung auf ein Kalenderjahr schon im Ansatz unzureichend. Hier müßten andere Methoden angewendet werden. Es muß also mit der Erklärung der scheinbaren Rechenfehler in der Tabelle sein Bewenden haben.

.Arnold Heinemann

Kurzberichte

Schulstatistik 1986/87

Im Schuljahr 1986/87 besuchen 279 787 Schüler die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein, das sind 15 115 weniger als im Vorjahr. Die Zahl setzt sich aus Schülern der Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen sowie der Gymnasien und Angebotsschulen Integrierte Gesamtschule zusammen. Die Besucher von Abendschulen (zur Zeit 1 137) sowie Kinder im vorschulischen Bereich (6 545) sind

in der Summe nicht enthalten. Die Schülerdaten für das laufende Schuljahr sind Ergebnis der Stichtagserhebung vom 10. September 1986. Wie erwartet, hat sich der seit dem Schuljahr 1977/78 anhaltende Abwärtstrend bei der Schülerzahl auch 1986/87 fortgesetzt.

Es ist jedoch zu bemerken, daß sich der Umfang des Schülerrückganges im Vergleich zum Vorjahr verkleinert hat. Betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei den o. g. Schularten im Schuljahr 1985/86 noch

Schulart	Schüler im Schuljahr		Abnahme	
	1985/86	1986/87	Anzahl	%
Grundschule	92 047	91 060	987	1,1
Hauptschule	51 876	46 231	5 645	10,9
Sonderschule	13 934	13 121	813	5,8
Realschule	62 303	57 546	4 757	7,6
Gymnasium	72 608	69 774	2 834	3,9
Angebotsschule IGS	2 134	2 055	79	3,7
Insgesamt	294 902	279 787	15 115	5,1

5,9 %, so ist er im laufenden Schuljahr auf 5,1 % zurückgegangen.

Mit 10,9 % sind die Hauptschulen am stärksten vom Schülerrückgang betroffen. Die Schülerzahl ist um 5 645 auf 46 231 gesunken. Ein starker Rückgang ist ebenfalls bei den Realschulen zu verzeichnen. Hier hat sich die Schülerzahl um 7,6 % auf 57 546 vermindert.

Im Sonderschulbereich ist die Schülerzahl um 5,8 % auf 13 121 zurückgegangen. Dort können drei Gruppen unterschieden werden. Die erste Gruppe stellen die Schulen für Lernbehinderte dar. Mit 9 264 Schülern im laufenden Schuljahr bildet diese Schulart den Schwerpunkt im Sonderschulbereich. Die Schulen für Geistigbehinderte als zweite Gruppe werden derzeit von 1 728 Schülern besucht. Der Schüleranteil der Schulen für sonstige Behinderte, hierunter fallen z. B. Schulen für Sprachbehinderte und Schulen für Körperbehinderte, beträgt 2 129. Am Schülerrückgang im Sonderschulbereich sind nur die ersten beiden Gruppen, d. h. die Schulen für Lernbehinderte und die Schulen für Geistigbehinderte mit 7,8 % bzw. 7,7 % beteiligt. Dagegen ist bei den Schulen für sonstige Behinderte sogar eine Zunahme der Schülerzahl um 5,6 % zu verzeichnen.

In den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins befinden sich 69 774 Schüler, das sind 3,9 % weniger als im vorhergehenden Schuljahr. Die Gesamtzahl setzt sich aus 45 324 Schülern in den Klassenstufen 5 bis 10 und 24 450 Schülern in der Oberstufe zusammen. Mit 5,2 % sind hauptsächlich die Klassenstufen 5 bis 10 am Schülerrückgang beteiligt. Der Rückgang in der Oberstufe beträgt dagegen nur 1,5 %.

Die geringste Abnahme der Schülerzahl ist bei der Grundschule zu verzeichnen. Hier hat sich die Anzahl lediglich um 1,1 % auf 91 060 verringert.

Im Schuljahr 1986/87 ist erstmals als begrenzter Versuch die freiwillige 10. Klassenstufe an 14 öffentlichen Hauptschulen des Landes eingerichtet worden. Sie wird von 243 Schülern besucht.

Der vorschulische Bereich umfaßt in Schleswig-Holstein Vorklassen und Schulkindergärten. Vorklassen sind organisatorisch einer Grundschule oder einer Sonderschule zugeordnet. In ihnen befinden sich Kinder, die bereits schulreif, aber noch nicht schulpflichtig sind. Schulkindergärten sind in der Regel mit einer Grundschule verbunden und betreuen schulpflichtige, jedoch noch nicht schulreife Kinder. Zur Zeit befinden sich 4 708 Kinder in öffentlichen Vorklassen und 1 837 Kinder in öffentlichen Schulkindergärten. Im vorschulischen Bereich wurden 5,0 % mehr Kinder betreut als im Vorjahr.

Keine großen Veränderungen gibt es bei den öffentlichen Abendschulen. Die Abendrealschulen werden von 635 Personen besucht, das sind 20 mehr als im Vorjahr. Bei den Abendgymnasien ist die Zahl mit 502 Personen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

Die privaten Schulen Schleswig-Holsteins, der vorschulische Bereich eingeschlossen, werden zur Zeit von 9 213 Schülern besucht. Hiervon werden allein 5 849 Schüler in Schulen der dänischen Minderheit unterrichtet. Mit einem Anteil von 3,1 % an der Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen haben die privaten Schulen in Schleswig-Holstein einen ähnlich geringen Anteil wie im gesamten Bundesgebiet.

Schüler an privaten allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1986/87

Schulart	Schüler
Vorklasse	569
Grundschule	1 893
Hauptschule	1 504
Sonderschule	513
Realschule	1 017
Gymnasium	1 360
Freie Waldorfschule	2 357
Insgesamt	9 213

Die Freie Waldorfschule ist mit 2 357 Schülern die private Schulart mit dem höchsten Schüleranteil.

Im Rahmen der Schulstatistik 1986/87 wurde auch die Zahl der Schüler ermittelt, die am Ende des Schuljahres 1985/86 aus den Schulen entlassen wurden. Im Bereich der öffentlichen Schulen waren es 37 297 Schüler.

13 814 Schüler verließen die Schule mit dem Hauptschulabschluß. Das sind 37,0 % aller Schulentlassenen.

**Schulentlassene aus öffentlichen Schulen
am Ende des Schuljahres 1985/86**

Abschlußqualifikation	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluß	3 709	9,9
Mit Hauptschulabschluß	13 814	37,0
Mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß	12 087	32,4
Mit Fachhochschulreife	536	1,4
Mit allgem. Hochschulreife	7 151	19,2
Insgesamt	37 297	100

12 087 Schüler erreichten den Realschulabschluß. 7 151 Schüler verließen mit bestandener Abiturprüfung die Schule. Damit erlangten 19,2 % aller Schulentlassenen die höchste Abschlußqualifikation des allgemeinbildenden Schulwesens. Im Vergleich dazu waren es am Ende des Schuljahres 1970/71 lediglich 10,8 % gewesen. Der Anteil der Schulabgänger mit Abitur hat sich also in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt.

536 Schüler oder 1,4 % aller Schulentlassenen erlangten 1986 die Fachhochschulreife. Diese Abschlußart hat zahlenmäßig somit wie in der Vergangenheit keine große Bedeutung. 3 709 Schüler, also fast 10 % aller Schulabgänger, verließen die Schule, ohne den Hauptschulabschluß zu erreichen.

Aus den privaten Schulen Schleswig-Holsteins wurden 1 061 Schüler entlassen. Der geringe Anteil von 2,8 % an der Gesamtzahl aller Schulentlassenen entspricht damit nahezu dem Verhältnis der Schülerzahl an privaten Schulen zu der Gesamtschülerzahl an allgemeinbildenden Schulen.

Kerstin Ehlers

Bildungswanderung der Studenten

Während die Schulausbildung nahezu ausschließlich innerhalb des Bundeslandes erfolgt, in dem sich der Wohnsitz des Schülers befindet, sind im Hochschulbereich Bildungswanderungen festzustellen, bei denen Landesgrenzen überschritten werden. Bildungswanderungen lassen sich anhand der individuellen Studentenstatistik darstellen, wenn man darunter versteht, daß der Heimatwohnsitz in einem anderen Bundesland liegt als die besuchte Hochschule. Durch Auswertung des vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Zahlenmaterials läßt sich für Schleswig-Holstein eine

„Import-Export-Bilanz“ der studentischen Bildungswanderung aufstellen. Als „Importe“ werden dabei Studenten an schleswig-holsteinischen Hochschulen mit Heimatwohnsitz in einem anderen Bundesland angesehen, als „Exporte“ dagegen Schleswig-Holsteiner, die an Hochschulen in anderen Bundesländern studieren. Die nachfolgenden Zahlen beschränken sich auf deutsche Studenten mit Wohnsitz im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West). Gründe für die Bildungswanderungen sind unterschiedliche Studienangebote an den Hochschulen einzelner Bundesländer und örtlich begrenzte Kapazitäten, aber auch subjektive Gründe der Studenten.

Im Wintersemester 1985/86 waren an den Hochschulen des Bundesgebietes 1 258 081 deutsche Studenten eingeschrieben. Unter ihnen befanden sich 42 038, die ihren Heimatwohnsitz in Schleswig-Holstein hatten. Von diesen studierten nur 20 330 oder 48 % im eigenen Bundesland. 10 552 (25 %) Schleswig-Holsteiner besuchten eine Hochschule im Nachbarland Hamburg. Sicher spielt die Wertschätzung der Hansestadt Hamburg als Weltstadt eine wesentliche Rolle dafür, daß so viele Studenten aus Schleswig-Holstein dort studieren. Bedeutender ist aber wohl die Nähe der Hamburger Hochschulen für viele Schleswig-Holsteiner. Studienberechtigte aus den Hamburger Randkreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg werden wegen der Kosten der Lebenshaltung und persönlicher Bindungen eher das Studienangebot Hamburgs wahrnehmen als die räumlich weiter entfernten Hochschulen Kiels besuchen. Das zeigt, daß bei der Wahl des Hochschulorts Landesgrenzen kaum eine Rolle spielen.

Nach Hamburg waren die Hochschulen in Niedersachsen, die von 3 574 oder 9 % der schleswig-holsteinischen Studenten besucht wurden, besonders beliebt. In Berlin waren es 2 033 oder 5 % und in Nordrhein-Westfalen 1 777 oder 4 %. Auch Hochschulen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wurden von 1 288 (3 %), 1 092 (3 %) und 897 (2 %) Schleswig-Holsteinern noch gut besucht.

Während 21 708 Schleswig-Holsteiner an Hochschulen anderer Bundesländer studierten, waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 9 586 deutsche Studenten eingeschrieben, die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesland hatten. Der überwiegende Teil dieser Studenten kam aus Niedersachsen (3 634), Nordrhein-Westfalen (1 751) und Hamburg (1 254). Ferner kamen aus Baden-Württemberg 752, aus Bremen 666, aus Hessen 497 und aus Bayern 490 Studenten. Weniger beliebt war das nördlichste Bundesland da-

gegen bei Studenten aus Rheinland-Pfalz, Berlin und dem Saarland; diese Bundesländer wurden insgesamt nur von 542 in Schleswig-Holstein eingeschriebenen Studenten als Heimatwohnsitz angegeben.

Insgesamt ergab sich für Schleswig-Holstein gegenüber dem übrigen Bundesgebiet ein „Exportüberschuß“ von 12 122 Studenten. Die „Import-Export-Bilanz“ zeigte dabei gegenüber den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede:

Die stärksten „Exportüberschüsse“ waren gegenüber Hamburg (Saldo: 9 298 Studenten), Berlin (1 856), Bayern (602), Baden-Württemberg (536) und Hessen (400 Studenten) zu verzeichnen. Ein starker, aber nahezu ausgewogener Studentenaustausch fand mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen statt. Gegenüber Rheinland-Pfalz und dem Saarland war der Studentenaustausch ebenfalls nahezu ausgeglichen, aber zahlenmäßig geringer. Ein stärkerer „Importüberschuß“

konnte mit einem Saldo von 531 Studenten nur gegenüber Bremen verzeichnet werden.

Auch bei den einzelnen Fächergruppen ergaben sich in der „Import-Export-Bilanz“ erhebliche Unterschiede. Bei der folgenden Darstellung ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem Quellenmaterial um Bundestabellen handelt. Die Fächergruppengliederung wurde, soweit möglich, der Landessystematik angepaßt. Die geringfügigen Abweichungen gegenüber der üblicherweise verwendeten Systematik dürften keinen Einfluß auf den Aussagegehalt der Zahlen haben. Studenten, die ein Lehramt anstreben, sind außerhalb der Fächergruppensystematik dargestellt.

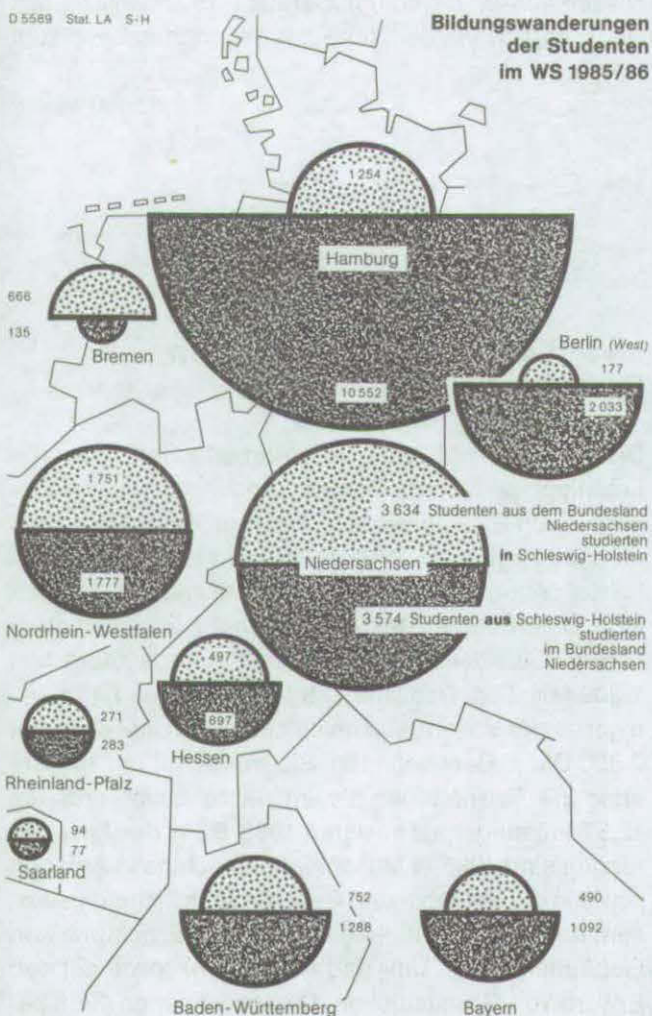
Der stärkste „Exportüberschuß“ ergab sich bei den Ingenieurwissenschaften. Während 4 381 angehende Ingenieure mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein in einem anderen Bundesland studierten, konnten die schleswig-holsteinischen Fachhochschulen nur 1 391 Studierende aus anderen Bundesländern „importieren“. Dieser hohe „Exportüberschuß“ von 2 990 Studenten hat zwei Hauptgründe: Zum einen ist diese Fächergruppe mit 8 817 Schleswig-Holsteinern auch am stärksten besetzt. Zum anderen ist ein Studium der Ingenieurwissenschaften in Schleswig-Holstein nur an Fachhochschulen möglich.

Die stärksten „Importe“ ergaben sich bei den humanmedizinischen Studiengängen. An den beiden Universitäten des Landes waren 1 732 Medizinstudenten mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland eingeschrieben. Für diese Fächergruppe ergab sich sogar ein „Importüberschuß“ von 214 Studenten. Diesem standen 246 „Exporte“ der Fächergruppe Veterinärmedizin, die an schleswig-holsteinischen Hochschulen nicht gelehrt wird, gegenüber.

Die stärksten „Importüberschüsse“ von 547 Studenten hatten die Agrarwissenschaften, die an der Universität Kiel und an der Fachhochschule Kiel, Fachbereich Landbau in Rendsburg, angeboten werden.

In allen anderen Fächergruppen waren ausschließlich „Exportüberschüsse“ zu verzeichnen: Bei den Sprach- und Kulturwissenschaften — einschließlich Sport — waren es 2 555, bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 2 881, bei den Rechtswissenschaften 744, bei der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften 1 603, bei den Kunstwissenschaften 316 und bei den Lehramtsstudiengängen 1 548 Studenten.

Zahlen des Wintersemesters 1975/76 wurden in dem Aufsatz „Wo studieren die Schleswig-Holsteiner?“ in



Deutsche Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein

Land der Hochschule	WS 1975/76		WS 1985/86		Veränderung 1985/86 gegenüber 1975/76 in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Schleswig-Holstein	13 211	48	20 330	48	+ 54
Hamburg	6 343	23	10 552	25	+ 66
Niedersachsen	2 547	9	3 574	9	+ 40
Bremen	134	0	135	0	+ 1
Nordrhein-Westfalen	931	3	1 777	4	+ 91
Hessen	628	2	897	2	+ 43
Rheinland-Pfalz	128	0	283	1	+ 121
Baden-Württemberg	811	3	1 288	3	+ 59
Bayern	442	2	1 092	3	+ 147
Saarland	52	0	77	0	+ 48
Berlin (West)	2 059	8	2 033	5	- 1
Bundesgebiet	27 286	100	42 038	100	+ 54

Heft 2/1978 dieser Zeitschrift dargestellt. Es bietet sich daher an, die Zahlen des Wintersemesters 1985/86 mit denen des Wintersemesters 1975/76 zu vergleichen.

Die Zahl der Studenten mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein, die im Bundesgebiet studierten, hat sich im dargestellten Zeitraum um 54 % von 27 286 auf 42 038 erhöht. Die gleiche Veränderungsrate ergab sich für diejenigen, die im eigenen Bundesland studierten, ihre Zahl stieg um 7 119 auf 20 330. Den stärksten absoluten Zuwachs an schleswig-holsteinischen „Studentenexporten“ konnte Hamburg verzeichnen: Dort studierten im WS 1985/86 4 209 Schleswig-Holsteiner mehr als zehn Jahre zuvor. Die stärkste prozentuale Steigerung ergab sich für die Hochschulen in Bayern, dort stieg die Zahl der Studenten aus Schleswig-Holstein um 147 % von 442 auf 1 092.

Die Bundesländer Bremen und Berlin sind dagegen von dem steigenden Andrang der schleswig-holsteinischen Studenten nicht betroffen. In Bremen studierte im WS 1985/86 nur ein einziger Schleswig-Holsteiner mehr als im WS 1975/76; in Berlin war die Zahl der Studenten aus Schleswig-Holstein rückläufig. Die Entwicklung dieser Studentenzahlen verlief dabei in beiden Bundesländern unterschiedlich: In Bremen stieg die Zahl der Schleswig-Holsteiner von 134 (WS 1975/76) bis zum WS 1979/80 auf 249, um dann kontinuierlich auf 135 (WS 1985/86) zurückzugehen; in Berlin studierten dagegen in den Wintersemestern 1975/76 bis 1985/86 jeweils ungefähr 2 000 Schleswig-Holsteiner, ihre Zahl schwankte zwischen 1 943 im WS 1980/81 und 2 079 im WS 1977/78.

Die Verteilung der Schleswig-Holsteiner auf die einzelnen Bundesländer hat sich in den zehn Jahren nur geringfügig geändert. Der Anteil derjenigen, die in Schleswig-Holstein verblieben, blieb konstant bei 48 %. Hamburg konnte seinen Anteil an den Studenten mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein von 23 % auf 25 % erhöhen, während dieser Anteil in Berlin von 8 % auf 5 % zurückgegangen war. Für die übrigen Bundesländer hatten sich diese Anteile um maximal einen Prozentpunkt verändert.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Schleswig-Holstein nach wie vor ein Studenten „exportierendes“ Land ist. „Importüberschüsse“ konnten im WS 1985/86 nur gegenüber Niedersachsen, Bremen und dem Saarland sowie gegenüber dem gesamten Bundesgebiet bei den Fächergruppen Agrarwissenschaft und Humanmedizin festgestellt werden.

Die stärksten Wanderungsbewegungen fanden bei den „Importen“ gegenüber den Nachbarländern Niedersachsen und Hamburg sowie dem bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen statt; bei den „Exporten“ wurden die Nachbarländer Hamburg und Niedersachsen bevorzugt. Daraus wird ersichtlich, daß Hochschulorte in der Nähe des Wohnortes bevorzugt werden.

Ingo Petersen

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985

Die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe unterliegt jährlichen Schwankungen, die insbesondere durch Einzelentscheidungen größerer Unternehmen bedingt sind. In den knapp 1 500 schleswig-holsteinischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) betrug 1985 der Bruttozugang an Anlagegütern fast 1 309 Mill. DM. Das sind 17,9 Mill. DM oder 1,4 % weniger als im Vorjahr. Die Investitionsintensität sank auf 7 800 DM je Beschäftigten. Sie war damit um 184 DM oder 2,3 % niedriger als im Jahre zuvor und um 12,5 % niedriger als im Jahre 1983. 82 % der Anschaffungen sind 1985 in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung geflossen; der Rest von 18 % entfiel auf die Errichtung von Gebäuden (Neu-, Um- und Ausbauten) sowie auf den Erwerb von Grundstücken. Die Investitionen 1985 be-

Beschäftigte und Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹ 1982 bis 1985
Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Beschäftigte am 30. Sept.	Investitionen insgesamt	Davon		Investitionen je Beschäftigten
			Maschinen und Betriebsausstattung	Gebäude und Grundstücke	
	Anzahl		Mill. DM		DM
1982	173 507	1 296	1 035	260	7 467
1983	166 129	1 481	1 240	241	8 915
1984	166 128	1 327	1 006	321	7 985
1985	167 768	1 309	1 067	241	7 801
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1982	- 4,4	- 19,1	- 14,0	- 34,7	- 15,4
1983	- 4,3	+ 14,3	+ 19,8	- 7,6	+ 19,4
1984	0	- 10,4	- 18,9	+ 33,4	- 10,4
1985	+ 1,0	- 1,4	+ 6,1	- 24,8	- 2,3

¹ einschließlich Bergbau

trugen im Verhältnis zum Umsatz desselben Jahres 3,6 %.

Das Gesamtergebnis wird insbesondere durch die sprunghafte Abnahme der Investitionen in Grundstücke und Gebäude beeinflusst. In dieser Anlageart trat binnen Jahresfrist ein Rückgang der Aufwendungen um 25 % ein, was hauptsächlich aus Sonderentwicklungen in einigen wenigen Betrieben des Bergbaus zu erklären ist, dessen Betriebe gemeinsam mit denen des verarbeitenden Gewerbes erfaßt werden. In Schleswig-Holstein handelt es sich hier natürlich nicht um Kohlebergbau, sondern insbesondere um die Koksherstellung und um die Erdölförderung, die wirtschaftssystematisch zum Bergbau zählen. Die Bergbaubetriebe hatten im Jahre 1984 ihre investiven Aufwendungen schlagartig erhöht und 1985 wieder auf das normale Maß reduziert, was eine an sich positive Veränderungsrate der Investitionen in einen negativen Trend umwandelte. Läßt man die Beschaffung von Grundstücken und Gebäuden außer Ansatz, so stieg 1985 der Wert der aktivierten Bruttozugänge im Berichtsjahr binnen Jahresfrist um 6,1 % an. Die starke Abhängigkeit der Ergebnisse der Investitionsstatistik von Einzelentwicklungen ist für den Beobachter in Schleswig-Holstein nichts Neues, sondern eher die Regel; sie ist auch in der Vergangenheit häufig festgestellt worden, so beispielsweise zum Wechsel des Jahrzehnts 1979/80 in der chemischen Industrie oder 1983 im Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe.

In der Gliederung nach den vier Wirtschaftshauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes fand sich der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Jahre 1985

— wie übrigens auch in den beiden Jahren zuvor — in den Investitionsgüter produzierenden Betrieben. Sie investierten für 486 Mill. DM und gaben somit gut 37 % des insgesamt erfaßten Betrages aus. Branchenfürer in dieser Hauptgruppe sind der Maschinenbau (178 Mill. DM) sowie die feinmechanischen und optischen Betriebe (81 Mill. DM); nimmt man die beiden Wirtschaftsgruppen zusammen, dann ist bereits mehr als die Hälfte der Bruttozugänge des Investitionsgütersektors im Jahre 1985 erfaßt. Insbesondere der Bereich Feinmechanik und Optik zeichnet sich durch eine überdurchschnittlich große Veränderungsrate der Aufwendungen wie durch eine hohe Investitionsintensität je Beschäftigten aus. Erheblich nachgelassen hat dagegen die Investitionsneigung auf den schleswig-holsteinischen Werften, die sich bekanntlich in einem sehr lebhaften Umstrukturierungsprozeß befinden.

Vom absoluten Umfang der aktivierten Bruttozugänge her rangieren die Betriebe mit wirtschaftlichem Schwer-

Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹ 1985 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Wirtschaftsbereiche	Millionen DM	Veränd. gegenüber dem Vorjahr in %	Je Beschäftigten in DM
Bergbau	82	- 53,0	174 568
Grundstoffe u. Produktionsgüter	292	+ 27,7	11 527
darunter			
Chemische Industrie	96	- 13,1	8 574
Papier- und Pappeherzeugung	85	+ 356,8	44 482
Steine und Erden	63	+ 11,9	10 603
Investitionsgüter	486	+ 11,7	5 354
darunter			
Maschinenbau	178	+ 13,1	5 644
Straßen- und Luftfahrzeugbau	69	- 7,1	7 442
Schiffbau	35	- 9,1	2 780
Elektrotechnik	69	+ 6,7	3 958
Feinmechanik und Optik	81	+ 58,7	8 240
Verbrauchsgüter	238	- 11,2	8 263
darunter			
Druckerei u. Vervielfältigung	98	- 24,5	9 700
Kunststoffverarbeitung	56	+ 29,5	11 849
Papier- u. Pappeverarbeitung	19	- 24,4	6 353
Nahrungs- und Genußmittel	211	- 4,4	9 407
darunter			
Fleischverarbeitung (ohne Fleischereien)	18	+ 12,7	7 058
Meiereien und Käseereien	19	- 58,4	9 756
Dauerback- und Süßwarenherstellung	23	+ 59,4	11 219
Backwarenherstellung (ohne Dauerbackwaren)	19	+ 72,3	5 166
Brauereien	26	+ 221,9	48 440
Futtermittelherstellung	21	- 3,2	20 151
Insgesamt	1 309	- 1,4	7 801

¹ einschließlich Bergbau

punkt im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe an zweiter Stelle der Wirtschaftshauptgruppen. Ihre Anschaffungen haben mit einem Betrag von 292 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr um 28 % zugenommen. Das Ergebnis wurde maßgeblich durch ein Investitionsvorhaben eines Betriebes der Papiererzeugung beeinflusst, wodurch auch die Investitionsintensität in der gesamten Hauptgruppe spürbar nach oben schnellte. Weiter abgenommen haben dagegen die Anschaffungen von Anlagegütern in der chemischen Industrie auf 96 Mill. DM (- 13 %). Diese Branche bleibt trotzdem weiterhin in Schleswig-Holstein einer der führenden Investoren unter den Wirtschaftsgruppen des verarbeitenden Gewerbes.

Der Verbrauchsgütersektor verbuchte auf den Anlagekonten mit 238 Mill. DM (- 11 %) ein spürbar geringeres Investitionsvolumen als 1984. Hier hat insbesondere das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe mit seinen Investitionsentscheidungen die Ergebnisse der gesamten zugehörigen Wirtschaftshauptgruppe nachhaltig beeinflusst. Die negative Veränderungsrate ist durch eine extrem rückläufige Entwicklung in einem Einzelfall stark überzeichnet, nachdem mit erheblichem finanziellen Aufwand im Jahr 1983 im Randgebiet um Hamburg eine hochmoderne Druckstraße in Betrieb genommen worden ist.

Die vom Nahrungs- und Genußmittel verarbeitenden Gewerbe erhobenen Daten weisen eine Abnahme der Investitionen um 4,4 % auf 211 Mill. DM aus. In der weiteren Gliederung dieser Hauptgruppe nach Wirtschaftszweigen lassen sich im Jahre 1985 keine herausragenden Schwerpunkte des absoluten Umfangs der

Investitionstätigkeit aus den Ergebnissen ablesen. Die Molkereien, die in den vergangenen Jahren 1983 und 1984 eindeutig Branchenführer gewesen sind, haben ihre Aufwendungen für Anschaffungen erheblich zurückgenommen. Dies ist u. a. vor dem Hintergrund der gedämpften Erwartungen über einen in Zukunft sinkenden Produktionsumfang infolge der Brüsseler EG-Bemühungen zur Eindämmung der Überschußproduktion zu sehen.

Stark gesunken ist im Berichtsjahr auch der Wert der Anschaffungen des Bergbaus. In der Rangfolge unter den Wirtschaftsgruppen hatte er 1984 mit seinen Investitionen den ersten Platz eingenommen.

Die Rangfolge erhält ein anderes Aussehen, wenn man anstatt des absoluten Investitionsumfanges den Quotienten aus den Investitionen je Beschäftigten (Investitionsintensität) zum Maßstab nimmt. Die sehr ungleichen Produktionsverhältnisse in den einzelnen Branchen mit ihrem unterschiedlichen Personalbesatz kommen dann in den Ergebnissen voll zur Geltung. Als hervorstechendstes Beispiel sei der Investitionsgütersektor angeführt, dessen Betriebe — obwohl die größten Investoren des verarbeitenden Gewerbes — infolge der vergleichsweise hohen Beschäftigtenzahl in ihrer Investitionsintensität hinter derjenigen der übrigen Wirtschaftshauptgruppen mit Abstand an letzter Stelle liegen. Am geringsten unter den in der Tabelle oben genannten Wirtschaftsbereichen war die Investitionsintensität im Schiffbau mit 2 780 DM je Beschäftigten; nach oben hin fällt der Bergbau stark aus dem Rahmen.

Klaus Scheithauer

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSCHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984		1985		1985			1986		
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 615	2 615	2 614	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	1 107	890	1 182	1 436	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	5,0	4,1	5,3	6,7	
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	1 952	1 807	1 881	2 113	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	8,8	8,4	8,5	9,8	
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 478	2 493	2 719	2 489	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	11,2	11,6	12,2	11,6	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	10	13	23	18	
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	5,1	7,2	12,2	8,5	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-) Anzahl		- 652	- 686	- 526	- 686	- 838	- 376	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 2,4	- 3,2	- 3,8	- 1,8	
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	6 770	4 720	4 426	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	5 975	4 329	4 370	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-) Anzahl		+ 418	+ 715	+ 795	+ 391	+ 56	
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	12 069	9 854	9 151	
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	24 814	18 903	17 947	
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	118	111	118	125	101	102	108	117	
darunter *Männer	1 000	64	69	62	67	72	56	56	60	67	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	13,7	11,8	5,3	8,6	11,6	7,0	10,0	11,9	14,9	
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	4,4	7,5	10,3	5,8	8,4	10,4	13,0	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,7	2,9	2,6	2,5	2,4	4,6	4,1	3,7	3,6	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a	.	.	1 592	.	.	.	p 1 539	
darunter *Milchkühe				p 514	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a	.	.	526	.	.	.	p 1 718	
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	.	.	1 743	.	.	.	p 191	
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	.	.	193	.	.	.	p 130	
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	.	.	129	.	.	.		
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	81	56	42	71	82	56	46	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	240	232	247	248	223	236	246	234	232	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	3	7	5	2	3	6	5	
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,7	31,8	44,5	35,1	29,7	41,2	44,8	34,8	31,8	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,4	12,7	24,1	14,9	11,7	21,8	24,3	15,5	12,9	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	19,1	18,7	20,1	19,9	17,7	19,1	20,2	19,0	18,6	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	300	279	283	307	302	286	285	
Kälber	kg	108	115	118	112	112	116	121	115	117	
Schweine	kg	81	82	82	82	81	82	83	83	82	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151	
*für Legehennenküken	1 000	850	2	
*für Masthühnerküken	1 000 kg	832	274	
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274	
*MILCHERZEUGUNG											
1 000 t		223	217	192	186	205	p 185	p 197	p 191	205	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	94	95	95	p 94	p 94	p 94	95	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	11,5	11,6	12,4	p 11,7	p 12,1	p 12,1	12,6	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Ausländertiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	168	167	166	169	168	167	166
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	116	115	114	116	115	115	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	17 722	16 694	14 668	16 573	17 309	15 948	14 457
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	328,9	396,5	332,6	324,7	334,1	397,2	338,2
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	205,3	287,9	235,8	217,3	216,6	304,4	244,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 841	1 732	1 782	1 712	2 159	2 077	1 679
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 221	1 198	1 156	1 171	1 204	1 240	1 058
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	619	534	626	541	956	837	621
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	3 365	3 100	3 156	3 436	3 189	3 177	3 186
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 733	2 444	2 475	2 563	2 590	2 409	2 597
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	632	656	682	874	599	768	589
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72
*Leichtes Heizöl	1 000 t	9	8
*Schweres Heizöl	1 000 t	70	63
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	256	257	239	247	266	307	231
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	26	32	32	20	33	35	27
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	103,6	104,7	109,8	116,2	111,8	106,0
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	42 388	41 306	40 053	41 973	41 202	40 191	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	5 758	4 359	3 096	5 510	5 539	4 492	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 155	1 606	2 110	1 591	1 155	2 003	1 982	1 669	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 119	946	1 209	959	763	1 062	1 163	952	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	2 279	1 683	1 102	2 254	2 223	1 765	...
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	110,8	122,0	67,4	102,9	105,2	116,9	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	17,7	26,8	18,6	17,4	17,2	25,6	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	427,6	402,0	404,9	794,5 ^{a)}	438,6	422,7	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	205,6	182,7	168,6	264,4	194,1	157,0	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 551	7 353	7 207	7 367	7 469	7 347	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	992	877	805	949	999	858	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	19,1	21,0	18,5	18,7	19,6	21,6	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	65,0	65,3	97,0	61,3	65,0	61,9	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	1 899	1 996	2 029	1 839	2 061
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	891	993	1 005	876
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	.	.	98,8	101,0
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	.	.	153,4	144,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe
 a) Durch Großauftrag beeinflusst

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	450	422	390	688	566	327	255
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	384	346	357	624	502	285	226
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	43	59	20	49	49	30	16
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	313	304	255	494	389	240	187
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	59	54	49	90	73	44	34
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	135	83	121	131	131	99	87
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	456	375	566	554	588	404	452
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	74	75	93	76	90	59	90
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	756	644	635	1 044	997	524	401
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	829,1	811,7	873,2	790,1	895,6	663,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	156,0	120,6	136,7	122,6	134,9	119,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	673,2	691,1	736,6	667,5	760,7	544,0	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	20,5	15,7	16,3	12,6	18,7	15,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	57,3	75,7	60,1	45,0	49,0	42,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	595,4	599,7	660,2	609,9	693,0	485,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	91,5	107,6	78,1	86,7	95,3	81,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	503,9	492,1	582,0	523,2	597,7	404,3	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	431,4	391,2	377,4	386,0	442,2	330,9	...
darunter Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	106,2	70,0	86,0	68,5	74,4	56,7	...
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	85,7	94,3	76,0	75,1	72,9	61,2	...
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	68,0	61,7	63,2	67,8	78,8	63,3	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	75,2	70,3	69,3	59,3	82,8	60,1	...
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	112,6	118,8	135,8	r 109,2	r 116,2	115,6	...
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,5	101,0	82,0	93,8	r 125,4	r 104,7	89,7	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN										
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	248	142	102	334	259	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	25	19	15	31	27	.	.
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	1 054	495	391	1 943	1 150	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	53	36	29	59	49	.	.
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 263	1 469	1 285	1 063
Güterversand	1 000 t	669	739	812	788	727
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	142	131	155	137	154	161	...
*Güterversand	1 000 t	153	142	168	144	137	162	170	178	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 855	8 604	9 266	8 157	6 912	9 390	10 735
(einschließlich Motorroller)										
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	342	261	49	35	14	89	35
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 894	7 732	8 606	7 620	6 411	8 592	10 034
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	384	351	363	334	273	393	437
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	1 419	1 306	1 160	1 571	1 580	p 1 372	p 1 224
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	33	29	32	30	27	p 37	p 34
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	1 825	1 667	1 469	1 960	2 035	p 1 725	p 1 574

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnittl)	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	70 172	70 571	70 876	73 178	73 223	73 359	73 724
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	68 456	68 858	69 135	71 684	71 728	71 899	72 255
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	9 972	9 860	9 817	9 897	9 824	9 696	9 721
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 722	9 631	9 594	9 688	9 611	9 527	9 384
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	250	229	223	208	214	169	337
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 057	6 123	6 082	5 570	5 448	5 436	5 384
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 653	4 606	4 587	4 274	4 166	4 125	4 077
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 404	1 516	1 495	1 296	1 282	1 312	1 308
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	52 427	52 875	53 236	56 217	56 456	56 766	57 149
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	39 410	39 731	39 954	42 450	42 703	42 976	43 173
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	13 017	13 144	13 282	13 767	13 753	13 791	13 977
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	44 222	44 554	45 182	48 666	49 099	48 337	50 691
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	27 970	28 307	28 203	30 447	30 779	29 951	31 571
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	21 444	21 912	21 686	23 820	24 104	24 821	24 780
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 526	6 395	6 518	6 627	6 676	6 656	6 791
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 252	16 247	16 978	18 218	18 320	18 386	19 120
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 423	12 452	12 894	13 247	13 294	13 347	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	990	848	1 699	842	1 054	811	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	947	861	967	799	952	745	...
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	53	70	84	95	63	67	72
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	302	252	298	312
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	1,8	1,2	2,2	2,7
STEUERN										
STEUERAUFGOMMEN NACH DER STEUERART				Vierteljahres- durchschnitt		4.Vj.85	3.Vj.86			4.Vj.86
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	.	.	2 757,3	2 671,9	.	.	2 832,9
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	.	.	2 101,3	1 961,9	.	.	2 071,0
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	.	.	1 551,0	1 332,4	.	.	1 575,8
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	.	.	310,8	348,2	.	.	251,7
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	.	.	23,2	33,7	.	.	20,9
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	.	.	216,4	247,5	.	.	222,6
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	.	.	655,9	710,0	.	.	761,9
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	.	.	340,8	430,0	.	.	446,0
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	.	.	315,1	280,0	.	.	315,9
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	.	.	153,7	104,5	.	.	156,7
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	.	0,0	0,0	.	.	0,8
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	.	.	146,6	94,9	.	.	149,2
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	.	.	156,8	185,6	.	.	164,1
*Vermögenssteuer	Mill. DM	27,6	26,3	.	.	29,1	25,2	.	.	26,2
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	.	.	62,8	93,6	.	.	66,5
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	.	.	6,7	8,7	.	.	7,3
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	.	.	269,8	327,6	.	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	.	.	7,5	8,0	.	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	.	.	53,3	82,0	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	.	.	198,7	226,2	.	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	.	.	1 424,4	1 341,5	.	.	1 490,5
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	.	.	808,4	760,2	.	.	800,8
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	.	.	429,6	461,6	.	.	495,2
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	.	32,7	15,2	.	.	37,8
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	.	.	1 661,6	1 631,3	.	.	1 595,0
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	.	.	990,0	921,3	.	.	971,8
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	.	.	482,1	509,3	.	.	421,2
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	.	32,7	15,2	.	.	37,8
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	.	.	733,0	518,6	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	.	.	133,3	195,8	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	.	.	528,6	221,5	.	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985			1986				
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	119,6	118,7	117,4	96,6	94,8	94,6	...	
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	119,0	118,7	118,4	116,1	115,6	115,4	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	118,8	117,9	116,9	101,3	99,9	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	121,1	121,9	121,5	117,5	116,2	115,9	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	101,4	103,0	103,5	98,8	p 97,3	p 96,7	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	.	114,9	.	.	.	116,9	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	116,1	115,2	113,5	113,9	114,1	105,9	105,1	p 104,6	...	
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,3	117,8	117,8	116,9	116,7	116,8	116,9	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	121,1	121,3	121,4	120,4	120,0	119,9	120,1	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	115,9	116,1	116,4	117,0	116,7	116,5	116,8	
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	119,1	119,7	119,7	121,0	121,2	121,3	121,3	
Wohnungsmieten	120,0	123,9	124,7	124,8	125,0	126,9	127,0	127,2	127,3	
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	133,4	134,5	132,3	112,4	108,4	107,8	107,0	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	118,2	118,5	118,4	119,3	119,4	119,6	119,6	
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	712	.	.	.	718	.	.	
darunter *Facharbeiter	713	729	745	.	.	.	749	.	.	
*weibliche Arbeiter	467	481	485	.	.	.	498	.	.	
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	463	.	.	.	471	.	.	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	17,26	.	.	.	17,70	.	.	
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	18,10	.	.	.	18,56	.	.	
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	12,26	.	.	.	12,73	.	.	
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	11,73	.	.	.	12,11	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	41,2	.	.	.	40,6	.	.	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	39,6	.	.	.	39,2	.	.	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	4 152	.	.	.	4 333	.	.	
*weiblich	2 749	2 842	2 863	.	.	.	2 966	.	.	
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	4 305	.	.	.	4 423	.	.	
*weiblich	2 692	2 772	2 795	.	.	.	2 883	.	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	3 389	.	.	.	3 438	.	.	
*weiblich	2 217	2 305	2 318	.	.	.	2 347	.	.	
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	3 423	.	.	.	3 482	.	.	
weiblich	(2 178)	2 161	2 184	.	.	.	2 225	.	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	3 630	.	.	.	3 726	.	.	
weiblich	2 363	2 456	2 470	.	.	.	2 519	.	.	
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	4 225	.	.	.	4 356	.	.	
weiblich	2 654	2 725	2 745	.	.	.	2 833	.	.	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr			Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau ²⁾ in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	13	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	14	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge		
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM	
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			Empfänger in 1 000
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7		
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5		
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^{a)}	62,0		
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8		
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	...	66,9		

Jahr	Steuern ⁷⁾							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-bräuch- steuern	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter					
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte	Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude		Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾			
					insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 505	2 616

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau
6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer
10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 8. 1986			Bevölkerungsveränderung im August 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1986 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 186	- 0,1	- 0,8	3	- 69	- 66	35	2	39
KIEL	244 458	- 0,0	- 0,3	- 40	- 20	- 60	117	2	134
LÜBECK	209 903	- 0,0	- 0,4	- 94	92	- 2	97	1	113
NEUMÜNSTER	77 936	+ 0,0	- 0,7	2	29	31	47	-	52
Dithmarschen	128 991	- 0,0	- 0,6	- 11	-	- 11	63	4	76
Hzgt. Lauenburg	158 180	+ 0,2	+ 0,1	19	222	241	62	2	78
Nordfriesland	161 149	+ 0,0	- 0,8	- 1	22	21	73	5	95
Ostholstein	195 850	+ 0,1	- 0,1	- 32	271	239	81	-	98
Pinneberg	261 534	+ 0,1	+ 0,6	13	202	215	122	2	149
Plön	117 876	+ 0,0	- 0,5	10	14	24	43	-	55
Rendsburg-Eckernförde	247 846	+ 0,0	+ 0,1	- 5	62	57	133	2	182
Schleswig-Flensburg	182 764	- 0,1	- 0,0	8	- 172	- 164	82	1	150
Segeberg	217 457	+ 0,1	+ 0,8	12	238	250	119	8	151
Steinburg	126 778	- 0,1	- 0,8	- 40	- 89	- 129	65	2	88
Stormarn	196 987	+ 0,2	+ 0,5	16	403	419	85	3	114
Schleswig-Holstein	2 613 895	+ 0,0	- 0,1	- 140	1 205	1 065	1 224	34	1 574

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1986		
	Betriebe am 31. 12. 1986	Beschäftigte am 31. 12. 1986	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1986 M111. DM	Insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	68	8 487	226	35 796	32 072	372
KIEL	125	22 846	391	100 244	89 995	368
LÜBECK	136	21 618	478	85 107	76 389	364
NEUMÜNSTER	70	10 058	102	35 928	32 021	411
Dithmarschen	72	5 956	207	70 631	57 137	443
Hzgt. Lauenburg	94	7 947	95	80 067	69 359	439
Nordfriesland	56	2 957	66	82 835	67 253	417
Ostholstein	79	5 936	105	91 417	78 586	402
Pinneberg	186	20 278	309	130 262	113 845	436
Plön	47	2 677	43	60 100	50 770	431
Rendsburg-Eckernförde	122	9 735	155	126 947	106 658	431
Schleswig-Flensburg	84	4 983	123	95 989	78 205	427
Segeberg	160	15 941	291	123 445	106 371	490
Steinburg	84	9 213	174	66 132	54 306	425
Stormarn	149	17 023	420	105 918	93 568	477
Schleswig-Holstein	1 532	165 655	3 186	1 290 818	1 106 535	424

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

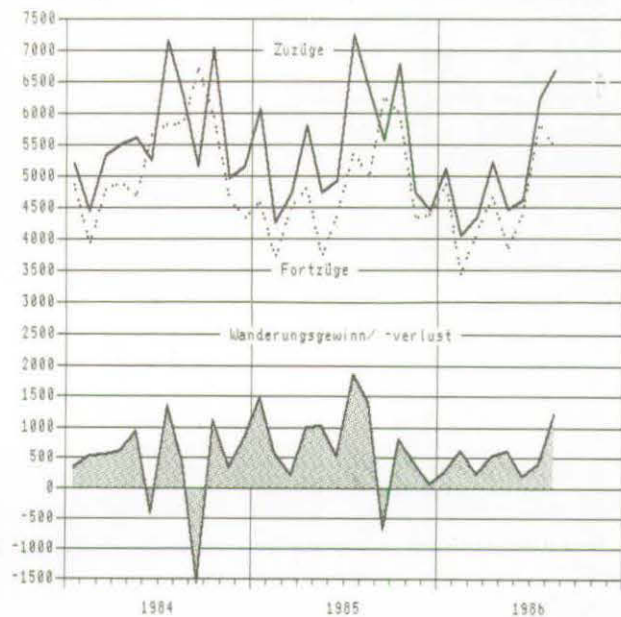
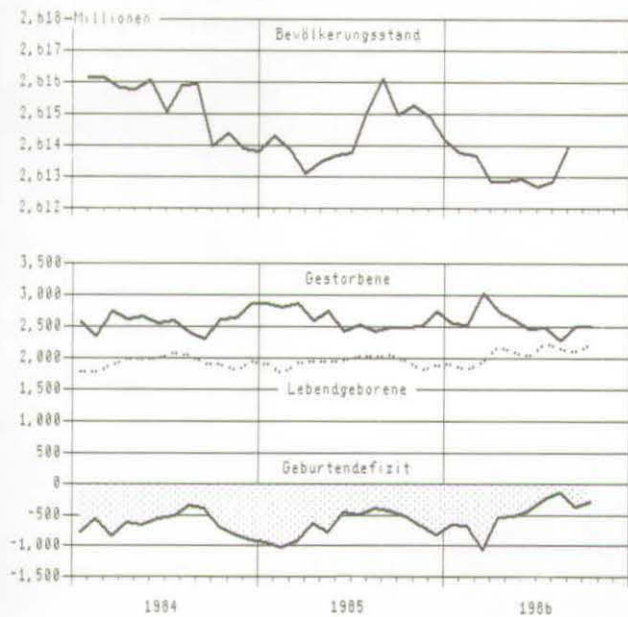
Land	Bevölkerung am 30. 6. 1986			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 12. 1986	Kurzarbeiter Monatsmitte Dezember 1986	offene Stellen am 31. 12. 1986	Schweine insgesamt am 1. 8. 1986	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,7	+ 4,8	- 0,0	117	15	4	1 768	1 594	490
Hamburg	1 575,7	- 12,2	- 0,6	97	6	3	8	14	3
Niedersachsen	7 194,3	+ 1,6	- 0,1	322	29	14	7 739	3 483	1 099
Bremen	657,5	- 9,0	- 0,9	41	6	2	9	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 665,3	- 1,5	- 0,1	712	71	31	6 572	2 075	608
Hessen	5 531,3	+ 2,8	+ 0,0	153	14	13	1 286	882	281
Rheinland-Pfalz	3 610,4	- 1,0	- 0,2	122	10	6	686	639	221
Baden-Württemberg	9 295,1	+ 4,5	+ 0,5	197	36	29	2 429	1 815	664
Bayern	10 993,4	+ 4,9	+ 0,3	320	33	27	4 411	5 210	2 025
Saarland	1 043,4	- 6,8	- 0,5	52	17	2	47	71	24
Berlin (West)	1 868,7	- 12,0	+ 0,9	86	9	8	3	1	0
Bundesgebiet	61 047,7	+ 0,7	+ 0,1	2 218	247	141	24 959	15 806	5 419

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im September 1986	
	Beschäftigte am 31. 10. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1986		Beschäftigte am 30. 9. 1986	zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	je 10 000 Einwohner
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
Schleswig-Holstein	168	3 189	19	41	16	1 044	4,0
Hamburg	139	5 811	21	24	15	134	0,9
Niedersachsen	655	13 085	30	113	16	1 839	2,6
Bremen	77	1 948	36	10	16	93	1,4
Nordrhein-Westfalen	1 977	36 789	29	228	14	3 562	2,1
Hessen	635	10 477	27	90	16	1 511	2,7
Rheinland-Pfalz	370	7 380	34	63	17	1 311	3,6
Baden-Württemberg	1 437	25 391	32	178	19	3 311	3,6
Bayern	1 368	21 914	31	241	22	4 502	4,1
Saarland	140	2 509	29	16	15	186	1,8
Berlin (West)	165	4 197	10	34	18	670	3,6
Bundesgebiet	7 130	132 689	29	1 036	17	18 163	3,0

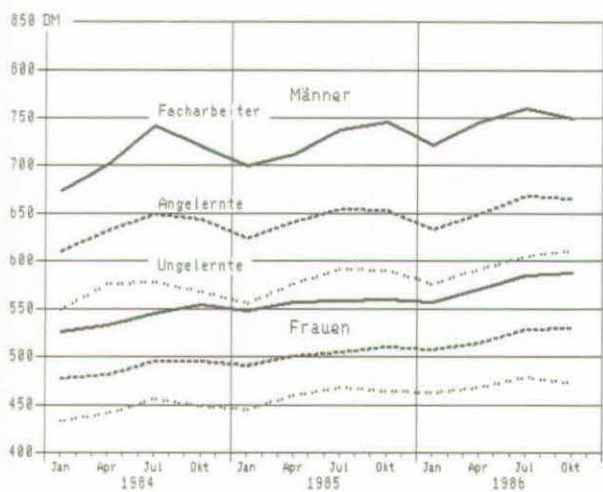
Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1986			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1986				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 9. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	1 291	1 107	424	1 580	27	2 035	131	6 973	551	456	180
Hamburg	672	605	384	1 077	15	1 387	130	10 293	911	3 940	441
Niedersachsen	3 649	3 103	431	3 913	133	4 992	131	8 705	538	482	203
Bremen	288	259	394	425	8	479	115	9 681	605	1 228	321
Nordrhein-Westfalen	8 049	7 185	431	8 455	179	10 431	125	9 514	625	985	266
Hessen	3 011	2 615	473	2 902	89	3 743	132	10 627	667	851	289
Rheinland-Pfalz	2 001	1 688	467	1 843	46	2 405	133	10 031	546	543	213
Baden-Württemberg	5 018	4 262	459	4 652	158	6 061	134	11 104	689	862	303
Bayern	6 005	4 910	447	6 031	210	8 004	136	11 297	634	667	248
Saarland	532	475	455	540	13	638	121	9 145	547	595	171
Berlin (West)	747	656	351	1 286	12	1 613	126	8 791	514	1 793	166
Bundesgebiet	31 367 ^{a)}	26 917 ^{a)}	441	32 846	894	41 948	130	9 997	624	886	257

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

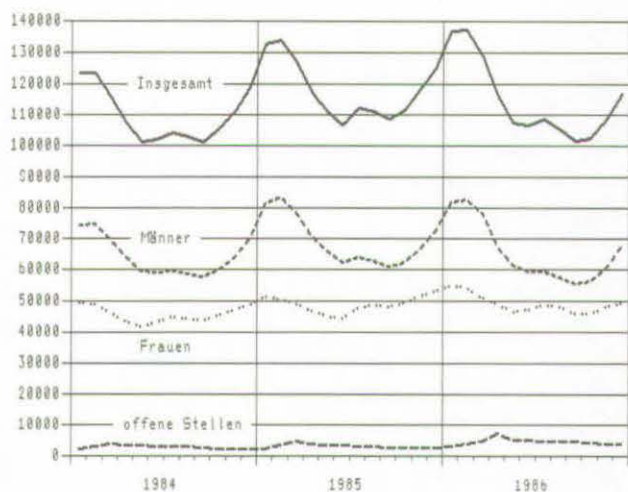
Bevölkerungsstand und -veränderung



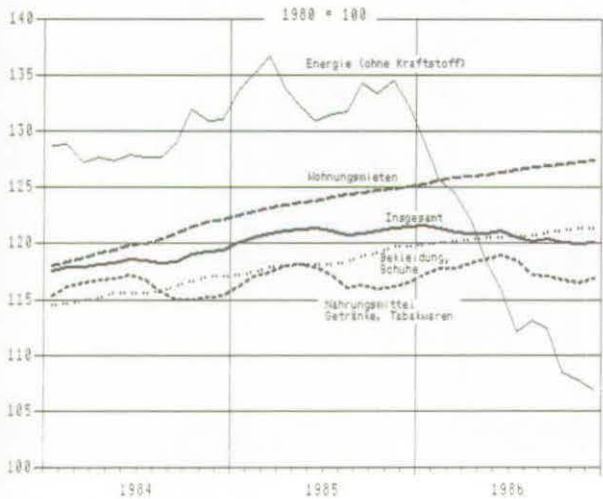
Bruttowochenverdienste



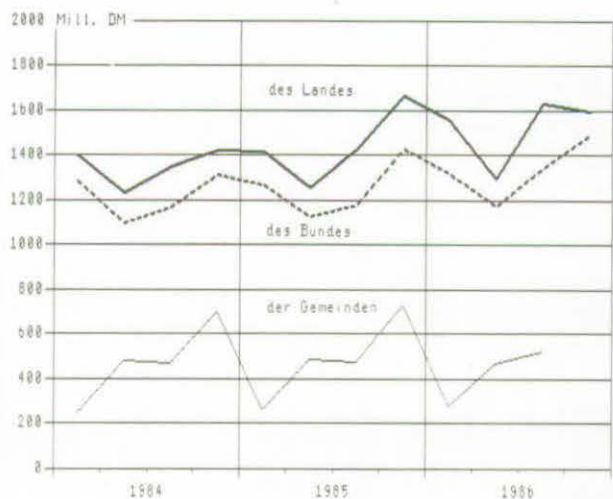
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -